

Er scheint täglich außer Montag, Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pfig frei in's Haus. Einzelne Nummern mit 6 Pfig. Sonntags-Beilage: Neue Welt 10 Pf. Post-Monument: 1,50 Mark pro Quartal. Unter Preisnachschlag: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungsbearbeitung für 1892 unter Nr. 4652.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf. für Berlin- und Provinzial-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 4 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Carl I. Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 19. November 1892.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Ein Stück patriarchalischer Weltordnung.

Fideikommiss! — — — Wem wehte beim Klange dieses Namens nicht ein Hauch mittelalterlichen Moders entgegen!

Diese fossilen Ungeheuer, diese volkswirtschaftlichen und sozialen Monstrositäten, was sind sie anders als ein Bohm auf die mode ne Zeit, die nach des Reformministers Miquel Wort vom Drange nach Gerechtigkeit befeht sein soll?

Diese Zusammenballungen von weitenweiten Gütern, Komplexen, zu deren Schutz der Staat besondere Gesetze erlassen hat, und welche in dem ewigen Wechsel der Zeiten das allein Ruhende, Bestehende bleiben, wie vertragen sie sich mit dem Geist einer freien Weltanschauung?

Wohl sind in Zeiten demokratischer Bewegungen, wie in unserem Jahrhundert zur Zeit der Napoleonischen Befreiungskriege, und theilweise auch in dem Jahre 1848, jene fossilen Schöpfungen einer dunklen, Jahrhunderte zurückliegenden Vergangenheit abgeschafft worden. Doch haben die Junker vermöge ihres übermächtigen fatalistischen Einflusses, den sie jederzeit in Preußen auf Staat und Gesetzgebung ausgeübt haben, die herrlichen reaktionären Zustände von früher wieder hergestellt. Ja, unter der forumpirrenden und korrupten Herrschaft ihres Söhne und Gänners Bismarck haben sie nicht verabsäumt, die Klinke der Gesetzgebung zu einer ausgiebigen Stärkung und Ausdehnung ihrer Nachfolge und Vorrechte zu benutzen.

Skandalosa, wie der Stempelstein für den Freiherlich-Duchal'schen Familien-Fideikommiss, werden unter dem neuen Kurs vielleicht nicht mehr wiederkehren. Wie aber, so fragen wir, kommt der Reformminister Miquel dazu, bei seinen Steuerplänen von Schaffung einer sozialen gerechten Ordnung oder staatsmännischer Fürsorge für die unteren Volksschichten zu reden, wenn er nicht nur die volkswirtschaftlichen Fossile, die Fideikommiss, die dem Rechts- und Volksbewußtsein geradezu ins Antlitz schlagen, s o n t, sondern noch beschnitten?

Beschneidung auf Kosten des arbeitenden Volkes. Greifen wir ein wenig auf die Geschichte der Fideikommiss zurück.

Schwache Regierungen, welche in dem Feudaladel, namentlich den Häuptern der Familien vormals reichsunmittelbarer deutscher Reichsstände, die sichersten Stützen von Thron und Vaterland sahen, schufen durch Bindung weiter Ländereien als unveräußerliches Eigentum des Familienoberhauptes, um den Thron eine Klasse von Staatsbürgern erster Ordnung. Damals mochte es noch einigen Sinn haben, wenn Regierungen, die sich nicht ganz sicher fühlten, um sich einen unerbittlichen ergebenden Hochadel scharfen, zu dem das Landvolk im Leibeigenschafts- und Hörigkeitserhältnis stand. Heute aber, wo das denkende Volk an die Berechtigung der ganzen Gesellschaft nicht mehr glaubt, da stellt sich das Fideikommiss als eine schroffe Begünstigung derjenigen Staats-

bürger dar, welche ohnehin zu den begütertesten und bevorrechtetsten des Landes zählen, als eine vorantastliche Einrichtung, die mit der modernen Zeit im Hader liegt.

Die mobilen Vorsehensmengen, Sumpfpflanzen der Kapitalistenherrschaft, Pflanzensprossen des Liberalismus, sie sind wenigstens nicht durch Gesetze vor Zersplitterung und Verfall geschützt. Die Fideikommiss aber kennen keine Sorge um ihre Erhaltung. Sie schätzt der Staat. Von Generation zu Generation bleiben diese Majorat-Güter in derselben Familie. Wo sie bestehen, da ist kein Raum übrig für einen Bauernstand. Während es aber durch Gesetz ausgeschlossen ist, daß diese Fideikommissbesitzungen auseinanderfallen, ist es eine geschichtlich feststehende Tatsache, daß der gebundene Grundbesitz sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, vom Vater auf den Sohn, durch Ankauf der Nachbarbesitzungen vermehrt hat. (Bauernlegen.)

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aber betrachtet, ist die Bewirtschaftung dieser Latifundien anerkanntermaßen die elendeste und irrationalste, die man sich denken kann. Welche Interessen hat auch der Majoratsherr an einer vernünftigen Wirtschaft oder gar zeitgemäßen Verbesserung! Fällt doch das Gut nach seinem Tode an eine Seitenlinie oder im besten Falle an seinen ältesten Sohn, und die anderen Kinder gehen leer aus. Was ist da natürlicher, als daß der berechtigte Inhaber des Gutes sich und seine Angehörigen aus dem Gute herauszieht, was er nur immer vermag. Denn schließlich will er doch standesgemäß leben, das heißt spielen, jagen und prassen. Mag das Besitztum daheim ruhig verfallen, was geht es ihn an, der nur die eine Sorge hat, wie das Kommiss den höchsten Kapitalertrag erbringt.

Wir kennen solche Majorate in Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien, die in einem besammernwertigen Zustande sind, wo die Wohnräume für das Gesinde nur mehr noch aus vier thür- und fensterlosen Lehmruinen bestehen.

So offenbar nun der Schaden ist, den die Volkswirtschaft durch diese legalisirten Königreiche erleidet, so kann doch keine Bourgeoisregierung daran denken, den einflussreichen Feudalagariern ein Titelfchen ihrer, in den Eigentümlichkeiten einer vergangenen Kulturperiode wurzelnden Rechte anzutasten.

Und wäre sie zehnmal so stark wie es die gegenwärtige Regierung ist, sie würde an dem Hochmuth und der Reintenz dieser Magnaten ihre Schranke finden.

Erwägt man ferner, daß diese Feudalherren es durchgesetzt haben, sich in Gestalt von Getreidezöllen, Zucker- und Salzprämien, Vieheinfuhr-Verboten, Branntweinzöllen Hunderte Millionen Mark schenken zu lassen, ja, daß sie selbst das Verzeihen in ihren Wäldern unter Strafe, das herrschaftliche Wild aber unter ausgiebigen Schutz zu stellen vermocht haben, so wird man begreifen, daß keine Regierung des Kapitalistenstaates jemals die Macht haben kann, die Schäden, welche die Fideikommiss-

stiften, zu beseitigen, daß somit jeder ernsthafte Reformgedanke Wahnsinn wäre.

Der Herr Miquel aber phantastet uns in einem 700 Seiten dicken Folianten von ausgleichender Gerechtigkeit, und in demselben Athem verkündet er den Landbesessenen die Aufhebung der staatlichen Grundsteuer, die man auf etwa 9/10 Prozent des Reinertrags der Güter schätzen darf, und macht damit den Grundbesitzern Geschenke, auf die sie nicht einmal gerechnet haben.

So wird der Herzog von Ujest z. B. auf Grund dieses Gesetzes ca. 22 000 M., der Herzog Leopold von Braunschweig ca. 25 000 M., der Fürst Stolberg 29 000 M., Fürst Putbus 35 000 M. jährlich geschenkt erhalten.

Es sind das dieselben Herren, welche mit aller Energie die das Volksbewußtsein verlebende patriarchalische Weltordnung, wie sie in der Institution der Fideikommiss verkörpert ist, aufrecht erhalten und anßerdem die höchsten und einträglichsten Stellen im Staatsdienst als das Vorrecht ihrer Klasse beanspruchen und erhalten.

Der Herr Reformminister, der so inniges Verständnis für die „Nothlage“ dieser Edelleute bekundet, er reitet indes unentwegt unter der Devise des „Dranges nach Gerechtigkeit“ in die Schranken.

Nun, mag der Feudaladel die letzte Spanne seiner Herrschaft nur weiter mit den Erbsünden seines Stammes belassen, die morschen Stützen dieser Patriarchenherrenschaft werden um so eher brechen.

Wir, die Erben, sehen der Entwicklung mit Ruhe entgegen.

Die Ausschließung des Reichstags- Abgeordneten Stadthagen aus dem Rechtsanwaltsstande.

In dem Disziplinarverfahren gegen den Rechtsanwalt Stadthagen war bekanntlich vom Ehrengericht der Anwaltskammer zu Berlin auf Verweis und 2000 M. Geldstrafe erkannt. Gegen dieses Urtheil hatten sowohl der Oberstaatsanwalt wie der Angeklagte, dieser mit dem Antrage auf Freisprechung, jener mit dem Antrage auf Ausschließung aus der Anwaltschaft Berufung eingelegt. Die Verhandlung vor dem Ehrengerichtshof zu Leipzig hat am 16. und 17. des Monats unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden. Was Stadthagen's Freunde befürchtet hatten, ist eingetreten: Der Ehrengerichtshof, bestehend aus vier Reichsgerichtsräthen und drei Reichsgerichtsanwälten, hat auf Ausschließung aus dem Anwaltsstande am 17. November Abends nach zweitägiger Verhandlung und nach Ablehnung aller seitens des Angeklagten gestellten Entlassungsanträge erkannt. Den das Verfahren einleitenden Beschluß des hiesigen Ehrengerichts vom 8. April 1890, sowie den diesen ergänzenden Beschluß des Kammergerichts vom 21. April

Als sie in den Ballsalon eintraten, schmiegte sie sich furchtsam und doch zufrieden dicht an ihn und musterte vergnügt die Dirnen und ihre Beschläger. Von Zeit zu Zeit aber sagte sie beim Anblick eines ernst, unbeweglich dastehenden Polizisten, als wollte sie sich gegen mögliche Gefahr schützen: „Der Polizist da sieht doch recht zuverlässig aus.“ Nach einer Viertelstunde hatte sie ihre Neugier befriedigt, und er brachte sie nach Hause.

Nun begann eine Reihe von Anschlägen nach allenrichtungen Pariser Lokalen. Duroy entdeckte bei seiner Geliebten eine leidenschaftliche Vorliebe für derartige Studentenbummel.

In einem baumwollenen Kleide kam sie zum Stehbüchlein, ein Hütlein, wie Vorstadtfräulein es tragen, auf dem Kopfe. Trotz der gesuchten, eleganten Einfachheit ihrer Kleidung trug sie nach wie vor ihre Ringe, Armbänder und Brillantohrringe: Wenn er sie sah, sie dazu abzulegen, sagte sie als entschuldigenden Grund: „Ach, sie denken, es sind rheinische Kiesel.“

Sie hielt sich für ausgezeichnet verkleidet, während sie es in Wirklichkeit wie der Vogel Strauß machte, und besuchte mit Duroy die verurtheilten Kneipen.

Auch Duroy sollte sich verkleiden, verlangte sie, er aber ließ sich nicht darauf ein, sondern ging wie ein richtiger Boulevardmensch gekleidet; selbst seinen Zylinder wollte er nicht gegen einen weichen Filzhut vertauschen.

Sie tröstete sich über seine Weigerung durch folgende Erwägung: „Sie denken, ich bin ein Kammermädchen, das ein Verhältnis mit einem jungen Mann aus guter Familie hat.“ Sie fand diese Komödie reizend.

So streiften sie durch die Kneipen und ließen sich auf wackrigen Stühlen vor alten Holzstühlen mitten im dicksten Tabakqualm nieder. Eine scharfe Rauchwolke, in die sich

Feuilleton.

Verlag von G. B. Neumann, Neudamm.

17

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Der Eintritt Clotilde's erregte wegen der Feinheit ihrer Kleidung Aufsehen. Die beiden Paare hörten auf zu lästern, die Droschkentischer zu beschüttern; und der wandrende Gast nahm seine Pfeife aus dem Munde, spuckte aus, drehte den Kopf ein wenig herum und sah sie an.

„Seht hübsch hier“, flüsterte Frau von Marelle, „hier sind wir gut aufgehoben; nächstes Mal verkleide ich mich aber als Arbeiterin.“ Und ohne Verlegenheit nach Clel setzte sie sich an einen Tisch, dessen Platte von Speisefett glänzte, von vergossenen Getränken angefeuchtet war, und über den nun der Kellner einmal mit der Serviette hinsuhr, um ihn abzuwischen.

Sie aßen ein Hammelragout, ein Scheibchen Hammel-Leule und Salat dazu. „Hier gefällt es mir“, wiederholte Clotilde. „Ich habe so gemeinen Geschmack. Hier amüsiere ich mich besser als im Café Anglais.“ Wenn Du mir einen besondern Gefallen thun willst“, fuhr sie dann fort, „so läßt mich in einen Tanzbund. Ich kenne einen sehr hübschen hier in der Nähe; die weiße Königin“ heißt er.“

„Wer hat Dich denn dorthin geführt?“ fragte Duroy überaus.

Er blickte sie an und sah, wie sie ein wenig verwirrt und roth wurde, als wenn diese plötzliche Frage in ihr

eine zarte Erinnerung geweckt hätte. Nach einer jener weiblichen Pausen, die so kurz sind, daß man sie ahnen muß, erwiderte sie: „Ein Freund war es.“ Nach einer Sekunde fügte sie hinzu: „... der jetzt todt ist.“ Und sie senkte die Augen in recht natürlicher Traurigkeit.

Zum ersten Male dachte Duroy an all das, was ihm von der Vergangenheit seiner Geliebten unbekannt war, und er versank in Britten. Gewiß hatte sie schon vor ihm Geliebte gehabt, aber von welcher Art, aus welchen Kreisen? Eine unbestimmte Eifersucht, eine Art Feindschaft gegen sie erwachte in ihm, eine Feindschaft um all das, was er nicht von ihrem Leben wußte, was ihm von ihrem Herzen und ihrer Vergangenheit noch unklar geblieben war. Er blickte sie an, und das Geheimniß reizte ihn, das sich hinter diesem hübschen, stummen Köpchen barg, das in diesem Augenblicke vielleicht von einem anderen oder von anderen Männern sogar schmerzlich träumte. Wie gern hätte er in ihren rückblidenden Gedanken gelesen, darin herumgestöbert, um alles zu wissen, alles zu kennen...

„Wilst Du mich in die „Weiße Königin“ führen?“ fragte sie wieder, „dann wäre der schöne Tag heute vollständig.“

„Ach was!“ dachte er, „was kümmert mich ihre Vergangenheit. Ich wäre dumm, wenn ich mir deswegen Kopfschmerzen machte.“ Und lächelnd erwiderte er: „Gewiß, gewiß, mein Schatz.“

Als sie auf der Straße waren, sagte sie leise in dem geheimnißvollen Ton, in dem Bekenntnisse abgelegt werden: „Bis jetzt wagte ich nicht, Dich darum zu bitten, Du lausst Dir aber gar nicht vorstellen, wie ich solche Reisen durch alle die Orte, wohin wir Damen sonst nicht kommen, liebe. Während des Carnevals verkleide ich mich als Student. Als Student sah ich sehr gelungen aus.“

1890 können wir nunmehr im Wortlaut, wie hiermit geschieht, veröffentlichen:

Vorstand der Anwaltskammer zu Berlin
Chartottenstraße 35a.

In der Disziplinär-Untersuchungssache gegen den Rechtsanwalt Arthur Stadthagen hat auf die Anschuldigungsschrift des Herrn Ober-Staatsanwalts das Ehrengericht der Anwaltskammer im Besitze des Königl. Kommergerichtes zu Berlin in seiner Sitzung vom 29. März 1890, an welcher Theil genommen haben von Wilmowski, Beisitzer, Justizrat, als Vorsitzender, Heilborn, Lefse, Gerth, Wegner, als Beisitzer,

beschlissen:

I. Da der Angeklagte verdächtig erscheint, die Agitation für die Reichstagswahl insbesondere in der Versammlung am 17. Juli 1889 dazu benutzt zu haben, Mißtrauen gegen die gelehrten Richter zu säen und dadurch die erlaubten Grenzen der Agitation überschritten zu haben, ferner in den Strafsachen gegen Biedle und Genossen, Wertholz und Genossen und Ganschow und Genossen die Vorschriften der Strafprozeßordnung über die Ablehnung der Gerichtspersonen dazu benutzt zu haben, um das Ansehen des Richterstandes zu schädigen und den Landgerichtsdirektor Brausewetter als Vorsitzenden in ungerechtfertigter Weise anzupreisen; da hiernach der Angeklagte verdächtig erscheint, seine Berufstätigkeit nicht gewissenhaft ausgeübt, und durch sein Verhalten in Ausübung des Berufs sowie außerhalb desselben sich der Achtung nicht würdig gezeigt zu haben, die sein Beruf erfordert und somit die ihm als Rechtsanwalt obliegenden Pflichten verletzt zu haben;

(§§ 28, 62 der Rechtsanwaltsordnung)
nach beiden Richtungen aber der Sachverhalt hinlänglich aufgeklärt erscheint und es deshalb der Führung einer weiteren Voruntersuchung nicht bedarf;

II. Da bezüglich seines sonstigen Verhaltens in den in der Anklage bezeichneten Versammlungen resp. im Dorfe Neuendorf zwar nicht bewiesen werden kann, daß der Angeklagte in schäblicher Weise die von ihm vertretenen Ansichten begründet resp. die daraus seiner Meinung nach sich ergebenden Konsequenzen gezogen hat, wenn man jedoch erwägt, daß es sich damals um die Vorbereitungen zu den bevorstehenden Reichstagswahlen handelte, nicht anerkannt werden kann, daß der Angeklagte die gesetzlich gezogenen Grenzen der Agitation überschritten habe, weshalb er wegen dieser ihm zur Last gelegten Handlungen außer Verfolgung zu sehen war;

daß gegen den Angeklagten, Rechtsanwalt Arthur Stadthagen zu I des Beschlusses ohne weitere vorgängige Voruntersuchung das Hauptverfahren zu eröffnen, Termin zur Hauptverhandlung anzusetzen und zu demselben der Angeklagte und die Zeugen Polizei-Lieutenant Schmabel, Polizeianwärter Kunsch und Landgerichtsdirektor Brausewetter zu laden.
Wegen der zu II des Beschlusses bezeichneten Handlungen dagegen der Angeklagte außer Verfolgung zu sehen.

Das Ehrengericht der Anwaltskammer.
v. Wilmowski, Heilborn, Lefse, Gerth, Wegner.
Vorstand der Anwaltskammer wird hierdurch ausgeschiedigt.
Berlin, den 8. April 1890.

Lefse,
Justizrat,
Schriftführer des Vorstandes der Anwaltskammer zu Berlin.

Königliches Kammergericht.
I. B. 5./I. 779.

Beschluß.
Auf die in dem ehrengerichtlichen Verfahren des Ehrengerichtes der Anwaltskammer hierseits gegen den Rechtsanwalt Arthur Stadthagen, hier, — U. 21/89 — seitens des Königl. Ober-Staatsanwaltes beim Kammergerichte gegen den Beschluß des bezeichneten Ehrengerichtes vom 29. März 1890, insofern der Angeklagte durch denselben außer Verfolgung gesetzt wird, erhobene sofortige Beschwerde vom 15. dieses Monats wird,

in Erwägung, daß die Anruferverfolgung erfolgt ist rückfichtlich des in der Anschuldigungsschrift vom 30. Dezember 1889 geschilderten Verhaltens des Angeklagten:

1. in der am 1. Juli 1889 stattgehabten öffentlichen Versammlung für Friedrichsborg und Umgebung;
2. in der am 18. desselben Monats abgehaltenen Versammlung des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Lötzer Berlin;
3. auf der Dorfstraße zu Neuendorf am 25. August 1889; in Erwägung, daß Angeklagter nach Tage der Akten in den beiden qu. Versammlungen Vorträge gehalten hat, die ihrem Inhalte nach den dieselben überwachen den Polizeibeamten Veranlassung zur Auflösung der Versammlungen auf Grund des § 9 Absatz 1 des Sozialisten-Gesetzes vom 21. Oktober 1878 gaben, daß auch diese Auflösungen in der Beschwerde-Instanz, in einem Falle selbst in der Ministerialinstanz, für gerechtfertigt erachtet sind, daß Angeklagter fernere — was er freiwillig bestritt — hin-

Speisendunst mischte, füllte den Saal; lärmende Männer tranken Schnaps, und der erstaunte Kellner musterte das sonderbare Paar, wenn er ihnen zwei Rischen in Branntwein brachte.

Bitternd, furchtjam und doch glücklich nippte sie an den Fruchtstößel und sah dabei unruhig mit blühenden Augen um sich. Bei jeder Rische, die sie verzehrte, hatte sie die Empfindung, als beging sie eine Sünde, bei jedem Branntweintropfen, der ihr brennend und gepfeffert durch die Kehle rann, fühlte sie bittere Vergnügen und die Freude, die verbotene Frucht des Verbrechens zu genießen.

Palblaut sagte sie dann: „Gehen wir jetzt.“ Und sie gingen. Mit gesenktem Kopfe und abgemessenem Schritt ging sie wie eine abtretende Schauspielerin durch die Reihen der Leinwand, die die Ellenbogen aufgestemmt ihr misstrauisch und ärgertlich nachsahen. Hatte sie die Thür erreicht, so stieß sie einen tiefen Seufzer aus, als wenn sie eben einer schrecklichen Gefahr entgangen wäre.

„Was würdest Du thun, fragte sie zuweilen zusammenschauernd, wenn mir Einer zu nahe trat?“
„Ich würde Dich natürlich beschützen,“ versicherte er lächelnd.
Glücklich drückte sie seinen Arm; der unbestimmte Wunsch stieg vielleich dabei in ihr auf, beleidigt und verteidigt zu werden, Leute, selbst solche Leute wie diese sich ihretwegen mit ihrem Geliebten prügeln zu sehen.

Aber diese zwei, drei Ausflüge wöchentlich begannen Durog unangenehm zu werden; seit einiger Zeit fiel es ihm übrigens auch schwer, sich den halben Louisdor zu verschaffen, der dabei auf Droschken und Getränke regelmäßig aufging.

Er lebte jetzt in schrecklicher Noth, in größerer Noth noch als in jenen Tagen, wo er Beamter der Nordbahn war, denn er hatte in den ersten Monaten seiner journalistischen Thätigkeit ohne jede Berechnung sehr verschwenderisch gelebt. In der beständigen Hoffnung, morgen viel zu verdienen, hatte er all seine Quellen und Mittel, sich Geld zu verschaffen erschöpft.

(Fortsetzung folgt.)

reichend, besetzt erscheint, bei dem Vorfalle am 25. August vorigen Jahres inmitten einer größeren Anzahl Sozialdemokraten ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht zu haben, in Erwägung, daß Angeklagter in hohem Grade verdächtig erscheint, durch dieses Verhalten außerhalb seines Berufes sich der Achtung unwürdig gezeigt zu haben, die sein Beruf erfordert, indem er unter der Herrschaft des Sozialisten-Gesetzes einerseits durch seine Vorträge Veranlassung zur Auflösung zweier Versammlungen gab, weil nach Ansicht des zuständigen Polizeibeamten in der Beschwerde-Instanz die im § 9 des Sozialisten-Gesetzes bezeichneten Bestrebungen in seinen Vorträgen klar zu Tage getreten waren, andererseits aber durch das Hochlassen der „Sozialdemokratie“, also derjenigen Partei, gegen deren Annäherung der bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen das gedachte Gesetz sich richtet, wenigstens begründeten Anlaß zu der Annahme gegeben hat, daß er diesen Bestrebungen sich anschliesse, ein solches Verhalten aber mit der Würde des Anwaltsstandes, dessen Aufgabe die Pflege des Rechts ist, unvereinbar erscheint, den Beschluß gefaßt:

1. gegen den Angeklagten Rechtsanwalt Arthur Stadthagen, hier, wird die Eröffnung des Hauptverfahrens auch wegen der in der Anschuldigungsschrift bezeichneten Vorgänge vom 1. und 18. Juli sowie vom 25. August 1889 beschlossen, weil derselbe verdächtig erscheint, durch sein dabei außerhalb seines Berufes an den Tag gelegtes Verhalten sich der Achtung unwürdig gezeigt zu haben, die sein Beruf erfordert — Rechtsanwalts-Ordnung §§ 28, 62 —

2. zu dem bereits anberaumten Termine zur Hauptverhandlung als weitere Zeugen zu laden:
a) den Polizeileutnant Weidemann, hier,
b) den Polizeileutnant Köfener, hier,
c) den Gendarm Heine, zu Wirlenwerder.

Berlin, den 21. April 1890.
Königliches Kammergericht.
I. Civilsenat.
gez. Dreulmann, Heinrich, Siefe, Olshausen, Barschdorf.
Ausgefertigt.
Berlin, den 23. April 1890.
L. S. Hagemann,
Gerichtsschreiber des Königl. Kammergerichts.

Wir bemerken hierzu noch, daß das Ehrengericht sich auf den Standpunkt gestellt hatte, daß der Angeklagte durch seine Stellung als Rechtsanwalt nicht behindert werden könne, politisch zu agitieren, daß insbesondere sein Vortrag vom 17. Juli 1889 über „Vollrecht und Juristenrecht“ rein theoretischer und politischer Natur gewesen sei, ohne bestimmte Richter zu nennen. Bezüglich des Ablehnungsgesuches hatte auch das Ehrengericht den Anwalt für strafällig erachtet. Der Ehrengerichtshof zu Leipzig hat nach Vernehmung von zwei Polizeileutenants angenommen, daß allerdings keine bestimmten Richter in Frage gekommen seien, daß aber die etwa dahin gehende Äußerung des Angeklagten: „Die höchsten Richter werden nur mit der Regierung genehmen Richtern befestigt; es sei dabei auch natürlich, daß bei diesem Beförderungssystem Richter wieder umgekehrt suchen, sich der Regierung genehm zu machen.“ einen schwereren Vorwurf gegenüber allen höheren Richtern enthalte, zumal der Angeklagte, wußte, daß in der Versammlung mehrere Parteigenossen sich befanden, die von der gleichen Auffassung ausgingen und die auch nachher das Wort ergriffen (im Verlauf der Rede eines derselben wurde die Versammlung aufgelöst). Seine Pflicht wäre es gewesen, Vertrauen, aber nicht Mißtrauen gegen die bestehende Institution der gelehrten Richter zu säen. Ueber den Einwand des Angeklagten, daß doch für den Fall dieser Interpretation die Reichs-Gerichtsräthe in einer Sache das Recht sprechen würden, in der sie die angeblich Beleidigten seien, hat der Ehrengerichtshof sich nicht ausgelassen. Bezüglich der Ablehnungssache wurden gleichfalls sämtliche Beweisanträge, insbesondere auch diejenigen, die das Gegentheil desselben beweisen sollten, was amtlich und theilweise auch zeugeneidlich seitens des abgelehnten Richters behauptet war, abgelehnt, weil der Ehrengerichtshof von der Annahme ausging, daß der Angeklagte allerdings im Auftrage seiner Klienten die Ablehnungsgesuche gestellt habe, aber sich bewußt sein wußte, daß die vorgebrachten Gründe nicht erwiesen werden könnten, bezüglich soweit sie bewiesen werden können, nicht geeignet seien, um die Befangenheit der abgelehnten Richter zu begründen. Das Ablehnungsgesuch sei zur Herabsetzung der Richter gestellt. Dies Verhalten des Angeklagten mache aber ein gedeihliches Zusammenwirken mit anderen Rechtsorganen unmöglich. Stadthagen beabsichtigt, den Prozeß mit all dem was vor und nachher in den ehrengerichtlichen Verfahren gegen ihn geltend gemacht wurde, sobald er das Urtheil erhalten und das Material gesichtet haben wird, das allmählich Buchdrucke überschritten hat, zu veröffentlichen. Die Bestimmungen, auf Grund deren eine Veröffentlichung eines Anwalts erfolgen kann, sind die debitorischen Bestimmungen der §§ 28 und 62 der Rechtsanwalts-Ordnung. Dieselben lauten:

(§ 28): Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, seine Berufstätigkeit gewissenhaft auszuüben und durch sein Verhalten in Ausübung des Berufs, sowie außerhalb desselben sich der Achtung würdig zu zeigen, die sein Beruf erfordert.

(§ 62): Ein Rechtsanwalt, welcher die ihm obliegenden Pflichten (§ 28) verletzt, hat die ehrengerichtliche Bestrafung zu erleiden.

Was unter die Rantschuldgriffe des § 28 zu bringen möglich ist, daraus werden die zu veröffentlichen Materialien ein ebenso helles Licht werfen, wie darüber, ob Stadthagen Recht hat, wenn er dem Volkrecht ein Juristenrecht gegenüberstellt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 18. November.

Das preussische Abgeordnetenhaus trat heute in die erste Berathung der Steuergesetze. Ihr Schöpfer, der Finanzminister Miquel, begründete sie in langer Rede. Die Steuergesetze verzichteten auf eine Vermehrung der Einnahmen, sondern wollten sie nur in ein gerechteres System bringen. Die Steuergesetzgebung sei bisher lediglich von fiskalischen Rücksichten geleitet worden. Das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit sei unvereinbar mit dem Bestehen einer Realsteuer (Grundsteuer u.), welche sich nicht um die Leistungsfähigkeit kümmere. In den Gemeinden könne diese bei der Realsteuer mit berücksichtigt werden. Daher sei diese Steuer den Gemeinden und jene dem Staate überwiesen, während früher die persönliche Steuer die Steuerzahler immer doppelter Belastung durch Staat und Gemeinde angelegt habe. Der Minister bestritt, daß den ländlichen Besitzern durch den Fortfall der staatlichen Grundsteuer ein Vorzug vor den Stadtern gewährt werde. In Städten kämen an Grundsteuer auf pro Kopf 22 Pfg., an Gebäudesteuer 2,40 M., auf dem platten Lande an Grundsteuer 2 M., an Gemeindesteuer 47 Pfg. Die Vermögenssteuer sei eine Ergänzungsteuer, um das fundamentale, vererbliche Einkommen schärfer zu treffen als das Arbeitseinkommen. Unter diesem versteht der Minister das Arbeitsverdienst-

Einkommen. Der Vorschlag, an Stelle der Vermögenssteuer eine Erbschaftsteuer zu setzen, soll noch größere Anzuträglichkeit haben. Man würde, um den Ertrag von 35 Millionen zu erzielen, die Erbschaftsteuer für die nächsten Erben auf 4, für die entfernteren auf 12 pCt. haben festsetzen müssen.

Dem Minister antwortete zunächst der Abg. R i e t e r. Bisher habe jede Steuerreform eine Mehrbelastung bedeutet. Im Namen der ausgleichenden Gerechtigkeit habe Fürst Bismarck die indirekten Steuern verlangt, im Namen der ausgleichenden Gerechtigkeit sei die neue Einkommensteuer mit der Selbstschätzungs-Pflicht eingeführt und im Namen der ausgleichenden Gerechtigkeit werde jetzt die Vermögenssteuer eingeführt. Der Erlaß der Grundsteuer sei ein Geschenk an die Grundbesitzer. Das Kommunalsteuer-Gesetz sei schon zu verwerfen, weil es die indirekte Besteuerung wieder in den Vordergrund stelle.

Der nationalliberale Abg. S a t t l e r stimmte mit den Grundgedanken der Regierungsvorlage überein und meinte, daß seine Partei mit sich reden lassen werde. Das glauben wir auch. — Morgen wird die Debatte fortgesetzt, zu der bereits 60 Abgeordnete das Wort erbeten haben. —

Als ärgstes Schandblatt in der Geschichte der deutschen Nation steht die Bismarck'sche „Kuhnebst“ des von ihm 1870 eingefädeltten Krieges da. Freilich trifft die Schande vor allem die Bourgeoisie, die „Edelfen“ und „Besten“, die Elite der „Gebildeten“, die sich beeiferten, in die Bismarck'sche Falle zu gehen und sich zu Lohndulern seiner Blut- und Eisenpolitik, seines Zug- und Trugsystems zu machen. Deutschland stand im Begriff, sich seine nationale Einheit, wenn auch auf Kosten der Fürstengewalt, zu erringen, und um dem vorzubringen, spielte Bismarck auf Kosten des Volkes va banque! Die Karte fiel für Bismarck günstig, das Volk war der Sumpel und die „gebildeten“ Klassen bereiteten sich, mit Bismarck Handpart zu machen. Welch neue Götter brachen mit dem Sedanjubel in Deutschland ein! Das Canean- und Cocottenthum hielt unter den Posaunenläuten der „deutschen Tugend“ seinen Einzug. Auf der Bühne bot man dem Volke der Denker und Dichter die idiotischen Nachwerke. Der Gründerschwindel wurde gepriesen als „nationale“ Entwicklung; das Volk der „Träumer“ folgte dem Jage der realen Interessen, wie es in der nationalliberalen Sprache von 1871 hieß. Die mythische Sprache des Evangeliums mußte sogar zur Verherrlichung der neuen Helden dienen; Bismarck und Wolke waren der fleischgewordene Gedanke unserer Schiller, Lessing, Kant und Fichte. Der Lieutenant war die höchste Blüthe der Nation. Die schmutzigste und gemeinste Neklame stützte sich auf den deutschen Nationalstolz. Nur einen Fehler hatte Deutschland, seine „Bescheidenheit“, verstanden die größten Maulhelden. Und diesem großen, tugendhaften Deutschland gegenüber, dem Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte, wie verächtlich stand das verworrene französische Volk da! Dieses Volk, rief im Frühjahr 1871 die „National-Zeitung“ aus, ist zu verkommen, als daß man hoffen darf, es könnte sich je bessern; es ist zu alt dazu. So sah die deutsche Herrlichkeit schon im Frühjahr 1871 aus, und von dort an sehen wir die ganz naturgemäße Entwicklung der verfeuchten Grundanlage. Daß ihr dieses nicht mehr fortzulegen könnt, dafür sorgt jetzt Bismarck selbst. Ihr könnt ihn nicht mehr von euch abschütteln, ihr könnt seine Worte nicht für Lug und Trug erklären, denn ihr habt ihn selbst zum Gott erhoben. Mit Bismarck fällt auch eure ganze Reichserlichkeit, die große nationale That sinkt zu einem betrügerischen Verbrechen an der eigenen Nation herab, der greise Feldenkaiser erscheint willenlos, geleitet vom Kaiser von Kamerdienern, und alle die großen Schlagworte eurer Geschichtsmacher und Professoren haben kein größeres Gewicht, als die Neklame irgend einer „Goldenen 110“ oder eines Bandwürmdoktors. Das ist der große Dienst, den Bismarck uns wider Willen erwiesen hat; er hat die Bourgeoisie, die herrschenden Klassen in einen Schmutz gezogen, aus dem sie nicht heraus können. Dem Proletariat der Sozialdemokratie ist die Wiege der deutschen Vaterlandes vorbehalten. —

Zur Militärvorlage. Die offiziöse Presse und das gesammte Neptilientum ist, wie in der Glanzperiode Bismarck's, in voller Arbeit. Die Kraftmittel der Militär-Periode werden zwar nicht aufgegeben; in dieser Hinsicht läßt sich Bismarck nicht erreichen und Bismarck selbst würde mit den Agitationsmitteln von 1897 keinen Erfolg erzielen. Bismarck und seine Meute bieten zwar alles auf, die Anschauung aufkommen zu lassen, als datiere eine neue Periode der Politik, in welcher alles schlecht geht, von dem Tage, da ihm sein Abschied aufgezwungen war; er will vergessen machen, daß er schon lange vorher ein abgethaner Mann war, der nur noch Schlappen erlitt. Sein Nachfolger setzt aber nur die alte Bismarck'sche Politik fort, es ist dieselbe, nur eine etwas blässere Farbe. Diese blässere Farbe trägt jetzt auch das Offizientum, indem es den Bismarck'schen Faden fortspinn, was um so weniger Schwierigkeiten macht, als Caprioli von denselben Binden wie Bismarck bedient wird. Nachdem die Offiziosen bisher die Schwäche des deutschen Heeres, insbesondere den Unwert der Landwehr in die Welt hinausgeschrien haben, beginnen sie heute, unter der Führung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, das Loblied auf die französische Armee, die der unseren hundertfach überlegen sein soll, so daß ein „deutsch-patriotisches“ Gemüth sich zu den härtesten Vorwürfen gegen die Regierung veranlaßt fühlen muß, daß sie mit so geringen Forderungen an den Reichstag tritt. Freilich zeigen diese officiösen Artikel zugleich die ganze Erbärmlichkeit der heute noch fortgesetzten Bismarck'schen Politik, die uns in die Lage gebracht hat, in dem niedergeworfenen Frankreich den überlegenen Feind fürchten zu müssen. —

Die Steuervorlagen dürften bis auf die Vermögenssteuer im preussischen Abgeordnetenhause keinen großen Widerstand finden. Wesentlich kommen dieselben den besitzenden Klassen zu gute, denen die Belastung der großen Volksmassen überlassen bleibt. In den Kommunen werden sie sich wohl hüten, die vom Staate aufgegebenen Steuern sich selbst freiwillig aufzulegen. Die bisher vom Staate bezogene Bergwerkssteuer wird von den Bergwerksbesitzern als ihnen gemachtes Geschenk betrachtet werden, das sie den Kommunen, die sie beherrschen, gewiß nicht zurückgeben werden. Die Rentmischblätter erklären als unumgängliche Voraussetzung der Bewilligung der Steuervorlagen eine Reform des Gemeindevorstands. Aber welche Reform auch kommen mag, das Centrum ist ebenso wenig wie die

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, 19. November.
Opernhaus, Oberon.
Schauspielhaus, Columbus.
Festung-Theater, Die Orientreise.
Perliner Theater, Dora.
Wallner-Theater, Sodom's Ende.
Deutsches Theater, Solo's Vater.
Kroll's Theater, A Santa Lucia.
Residenz-Theater, Im Pavillon.
(Le Parfum).
Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.
Pariser Leben.
Thomas-Theater, Der Einsam.
Adolph Ernst-Theater, Die wilde Madonna.
Alexanderplatz-Theater, Sport-Mädel.
National-Theater, Dithello, der Mohr von Venedig.
Apollo-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen, Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten, Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété, Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété, Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Die wilde Madonna.
Gesangsspiel in 8 Akten von L. Trostow.
Couplets von G. Grass. Musik von G. Stollens. Mit neuen Kostümen und Dekorationen aus dem Atelier des Herrn Lütkemeyer in Coburg.
In Scene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater.
Heute Abend 7 1/2 Uhr: zum 4. Male: Sport-Mädel.
Große Feste mit Gesang, Tanz und Tableau in 4 Bildern von J. Kraus u. A. Schönfeld.
Musik von Max Lustig.
Mit vollständig neuer Ausstattung.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Sport-Mädel.

Sonntag, d. 20. d. M., Abends 7 1/2 Uhr:
Der Müller und sein Kind.
Volksdrama in 5 Akten v. G. Haupt.
Montag und die folgenden Tage: Sport-Mädel.

American-Theater.
Neu! Die Trockenwäuer, oder „Das Kind in der Kommode“, parodistisch-realistischer Vorgang im Keller, beobachtet vom Hof aus, von Oskar Wagner. Hauptrolle: Per urkomische Scudir.
Jeden Abend jubelnder Beifall.
Der feine Reizner.
Berliner Lokalposse von O. Wagner.
Neu! Die Wiener Original-Soubrette
Clotilde Kowala.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf.
Sonntag 6 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Fuß!!
9 ein
Riesen-Kind!!!
Ohne Extra-Entree.
von 11-1 und 4-9 Uhr.

Castan's Panoptikum.
Sensationell!
Prinzess Topase.
Vorstellungen 11-1 und 4-9 1/2 Uhr stündlich.
Ohne Extra-Entree.
Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Empfehle all. Freunden u. Genossen mein
Weiß- u. Bairisch-Bierlokal.
Kleiner Saal für 150 Personen (auch als Vereinszimmer) sowie 2 Kegelbahnen sind noch einige Tage in der Woche zu vergeben. Dasselbst Jahrestellen des sog. Wahlvereins für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis, Verband der Metallarbeiter, Deutscher Tischler-Verband, Arbeiter-Bildungsschule, Genossenschaftsbücherei.
Otto Klein, Schulstr. 6.

Große öffentl. Versammlung
sämtlicher im Drechslergewerbe beschäft. Arbeiter
Sonntag, den 20. November, Vorm. 10 1/2 Uhr,
bei Kessner, Annenstrasse 16.
Tagesordnung: 1. Vortrag über: Politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. Referent: Kollege Logjan aus Hamburg. 2. Diskussion. 3. Die Erhebung der Arbeitslosen-Statistik für Berlin. 4. Verschiedenes.
Erscheinen ist Pflicht sämtlicher Kollegen.
198/4 Die Agitations-Kommission.

Achtung! Achtung!
Musik-Instrumenten-Arbeiter.
Am Sonntag, den 20. November d. J., Vormittags 9 1/2 Uhr,
bei Boltz, Alte Jakobstr. 75:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Resolution der Delegiertenversammlung vom 22. Oktober.
2. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
258/6 Der Vertrauensmann.

Allgem. Arbeiterinnen-Verein.
Sonntag, den 20. November, Abends 6 Uhr,
im Restaurant Otto Klein, Schönleinstr. 6:
Große Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: „Die sanitären Zustände Berlins und die Aufgabe der Arbeiter-Sanitätskommission.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Herren und Damen als Gäste willkommen. Teller-Sammlung findet statt.
Nachher: Geselliges Beisammensein und Tanz.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung
der Blech- und Lampenlackierer und der
in dem Beruf beschäftigten Personen
am Montag, 21. November, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Wienecke,
Alte Jakobstr. 83.
Tages-Ordnung: 103b
1. Vortrag über den Werth der Organisation. Bericht der Kommission.
2. Diskussion und Beschlussfassung. 3. Verschiedenes.

Concordia-Festsäle, Andreasstrasse 64.
Sonntag, den 20. November 1892:
Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert
ausgeführt vom
Gesangverein Schildhorn
(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes). Dirigent Herr Paul Kurz,
und einer Kapelle der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker
unter Leitung des Herrn K. Mohlhaase.
Anfang präzis 5 Uhr. (108b) Programm 80 Pf.

Circus Renz.
(Karlststraße.)
Sonnabend, den 19. November 1892,
Abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Galavorstellung.
1. Auftreten der Mlle. Renard mit ihrem Original-Hundestouffel (vollständig neu). 1. Auftr. der Gebr. Lea. Mr. Pills, im d. Schulspäße Markir. Grande Quadrille de la haute équitation, ger. v. 8 Damen und 6 Herren. Zum Schluss: Auf Helgoland mit völlig neuen Einlagen; u. A.: 1. Garde-Regiment zu Fuß in Parade-Uniform, 2. Leibbatterie des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments. Neue großartige Feuerwerk-Effekte.
Sonntag (Totenfest), Ab. 7 1/2 Uhr: Gr. Sport-Vorstellung mit neuem Programm. Billet-Vorverkauf beim „Zwischenband“, Markgrafenstr. 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast
Burgstraße, neben der Börse.
Welt-Lokal Berlin's, 5000 Pers. fassend.
Täglich
Gr. Spezialitäten-Vorstellung
mit abwechselndem Programm.
Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Entree 50 Pf.
Jeden Mittwoch und Sonntag Nachm. Grosses Familien- und Kinderfest mit Gratis-Verlosungen und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang Mittwoch 4 Uhr, Sonntags 3 1/2 Uhr.
Entree für Kinder wie Erwachsene 1. Platz 50 Pf., II. Platz 25 Pf.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Das großartigste Spezialitäten-Programm der Residenz.
Familie Lars-Larsen, Elite-Parforce-Gymnastik-Truppe.
Brooks & Duncan, Original-Rongo-Reger.
Charles Liffon, Athlet auf dem Dreifuß.
Brothers Baret, The two Fanneg Gentleman.
The Original-Satours, Anatomisches Wunder.
Jeden Abend stürmischer Erfolg.

Circus Corty-Althoff.
Berlin, Friedrich-Karl-Platz,
Ecke Karlstraße.
Sonnabend, den 19. November:
Abends 7 1/2 Uhr:
1. Gala-Sportvorstellung.
Der Rapphengst Osman Pascha als Antschiffer, vorgef. vom Dir. Althoff (neu). Harroß, Springpferd, geritten v. Mlle. Blanche. Hippolog. Potpourri mit vierzehn Hengsten. Incroyable Rapphengst (wunderbar deess.), sowie 55 Hengste, vorgef. vom Dir. Althoff. Mlle. Vidal, Schulleiterin. Mr. Cooke, Joden. Troika, ger. v. Dir. Althoff. Die Gänge Fahr-schule. Außerd. Auftr. sämtl. Spezialitäten.
Morgen Sonntag (Totenfest) 7 1/2 Uhr: Extravorstellung.

Gratweil's Bierhallen
Kommandantenstraße 77-79.
Täglich:
Borussia-Konzert- und Komplet-Sänger.
Wochentags frei.
Sonntags 30 Pfennig.
Kinder 10 Pf.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch, Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen.
F. Sadtke.

Wo speisen Sie?
In der alt. pommer-schen Küche, Oranien-Str. 181, Hof vt., bei Klein! Frühstück 30 Pf. Mittagstisch mit Bier 50 Pf., Abendstisch von 30 bis 50 Pf. nach Auswahl. 8050L

H. Stramm's Restaur.
123. Ritterstraße 123.
Großes Fremdenlokal, Herberge und Arbeitsnachweis der Vereine der Glaser und Klempner, sowie Verkehrslokal und Herberge der Goldarbeiter, Korbmacher, Tischler, Schneider und Bildhauer.
Gleichzeitig empfehle meinen reichhaltigen Frühstüch-, Mittag- und Abendstisch à la Carte zu soliden Preisen. Ausschank von vorzüglichem Weiß- u. Bairisch-Bier. [2355L
Vereinszimmer mit neuem Piano, 40-50 Pers. fassend, zu vergeben, auch als Bachelles pass. Gleichzeitig empf. m. neu eröffnetes Lokal z. gef. Besuch.
G. Reife, Bernauerstr. 47 c, am Nordbahnhof. 82972

Verein der Maschinisten u. Heizer Berlins.
Sonntag, den 20. November, Nachmittags 5 Uhr,
in Schultheiss' Brauerei, Neue Jakobstraße Nr. 24-25.
Versammlung.
Die Kinderanmeldung zur Weihnachtsbescherung bitte beim Schriftführer O. Paschen, Hochstr. 32, vorm 4 U., anzumelden.
250/3 Der Vorstand.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.
Montag, den 21. Dezember 1892, Abends 8 1/2 Uhr:
Ausserordentliche General-Versammlung
im „Sousienstädtischen Konzerthaus“, Alte Jakobstr. 37.
Tages-Ordnung:
Beschlussfassung über die in der letzten ordentlichen Generalversammlung zurückgestellten bzw. seitdem neu eingegangenen Anträge:
1. Antrag Wegner, das Annoncieren im „Sozialist“ betreffend.
2. Antrag Wegner, das bei Stramm befindliche Spinde betreffend.
3. Antrag Wegner, die obligatorische Einführung der „Metallarbeiter-Zeitung“ betreffend.
4. Antrag Schnabel, die Regelung des Lehrlingswesens durch den Verband betreffend.
5. Antrag Wegner, die anderweitige Regelung des Arbeitsnachweises betreffend.
6. Antrag Müller, die Engagierung von Referenten betreffend.
7. Antrag Jänsch, die Abhaltung eines Wintervergügens betreffend.
8. Antrag Franzel, die Gewährung der vollberechtigten Mitgliedschaft an zugereichte Kollegen betreffend.
Wegen der hochwichtigen und überaus umfangreichen Tagesordnung ersuchen wir die Mitglieder um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.
Mitgliedskarte legitimirt.
227/16 Der Vorstand.

Arbeiter-Stenographenverein Eintracht.
Am Sonntag, den 20. November, Abends 7 Uhr, veranstaltet der Verein in Holz' Festsäle, Alte Jakobstr. 75, einen Geselligen Abend.
Mitglieder und Freunde des Vereins sind zu recht zahlreicher Beteiligung eingeladen.
116b Der Vorstand.

Ethische Gesellschaft.
Sonntag, den 20. d. M., Abends 7 Uhr finden 2 Versammlungen statt. Die erste in den Remishallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Zunker über „Der Mensch und seine Entwicklung.“ Die zweite bei Seefeld, Grenadierstr. 83. Vortrag des Hrn. Voght über: „Zum Totenfest.“
Nach den Versammlungen: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
Herren und Damen als Gäste willkommen.

Schmargendorf.
Öffentliche
Versammlung für Männer und Frauen
Sonntag, 20. Novbr., Nachm. 4 1/2 Uhr, im Schützenhaus, Hundelehstraße.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Robert Wolf. 2. Diskussion. 3. Wahl des Vertrauensmannes und der Lokalkommission. 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vertrauensmann.

Achtung! O sten. Achtung!
Hüte mit Kontrollmarke
bei Franz Haupt, Hutmacher, 145 Fr. Frankfurterstr. 145, zwischen Frucht- und Memelerstraße (kein Schild).
Cravatten, Schirme, Herren- u. Knaben-Wintermützen, Filzschuhe, Muffen.
Bitte meine Firma nicht mit E. Gross, Mützenmacher, welcher seit 1. Oktober d. J. im Lebenhause Nr. 146 wohnt, zu verwechseln. [3299L
Besonderer Umstände halber sind meine Festsäle am 2. und 3. Weihnachtstferientage an Vereine und Gesellschaften zu vergeben. 152b
Hoffmann, Oranienstr. 180.
Alle in Berlin und Umgebung wohnenden Genossen aus dem Wahlkreis Grünberg-Freystadt und Blogau werden auf Sonntag, den 20. d. M., Vorm. 10 Uhr, zu einem Gesell. Beisammensein im Lokal des Genossen Jubril, Naunburgerstr. 85, von dem Delegierten für jene Kreise eingeladen.

M. Berndt,
Oranien- u. Alexandrinenstr.-Ecke.
Stehbierhalle Kronenstraße 33 allen Freunden und Genossen bestens empfohlen. Beste Speisen u. Getränke. Vereinszimmer zu vergeben. 82b
Empfehle meine Destillation. Vereins- und Billardzimmer steht zur Verfügung. 2975L
Geirich Saff, Markgrafenstr. 102.
Gänse-Anschicken und -Schicken jeden Sonnabend bei Gustav Wächter, Briegerstr. 22.
Weissensee.
Restaurant zur guten Stunde, Charlottenburgerstr. 156.
Heute Sonnabend Abend Eisbein mit Sauerkohl. 118b
Alle Genossen ladet freundlichst ein
F. Grans Nachf.

Verainszimm. z. verg. Fruchtstr. 31, Baab.
Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. Pollak, Jent Blumenstr. 19 Nr. Auch Sonntags
Unbeschroffen Herren- u. Knaben-Garderobe alt u. neu, sportbillig, tolle 6, Mariannenstr. 6, im Keller.
Stare 150, Eticallige, Rothhäuf-linge 1,25, Finken, Zeigige 80 Pf. 52692
Schnelle, Staligerstr. 132.
Zeige hiermit an, daß ich Markt-halle 6 (Herdstraße) Stand 234 einen Fischhandel eröffnen habe und bitte um gef. Zuspruch. Achtungsv. P. Ernst.
3000 yfd. von 6000 jung. dieß. Gänse gepflücht, meist weiße reine Gänse-federn à yfd. 1 Mark, bessere kleine à yfd. 1,90 M., Gänsefedern z. Selbstf. à yfd. u. 40 Pf. (Pr. können vorh. eingef. werden.) Berl. von 10 yfd. ab. 8049L
Feth Ebel, Zehdenit.

Die am 17. November verschied. nach schwerem Leiden mein geliebter Mann, unser guter Vater, der Maurer Fritz Wehlan, 126b
in 56. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 20. November, Nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Münchenerstr. 84 aus, nach dem Georgenkirchhof, Landsberger Allee, statt.
Allen Freunden und Bekannten, insbes. den Kollegen der Fabriken Förlitz u. Runge und Semmler u. Weiden-wische meinen Wanne die letzte Ehre erwiesen haben, meinen besten Dank. 115b
Frau Alex. nebst Kindern.
Die am 8. Novbr. 1892 gegen Herrn Kothen burg gemachte Versicherung, er sei in meinen Augen ein Solchbube, nehme ich hiermit zurück. 452R
Weyer.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins.
Eticallige 1 M., Zeigige 80 Pf. 126b
rothe Dampfassen 250 Pf. 126b
Sager, Andreadstr. 39, part.
Eine freundl. Schlafstelle für 1 oder 2 Mädchen ist zum 1/12. 62 zu verm. mieten. Näh. b. Wwe. Jan u. f. 126b
Solmsstr. 23.
Grob. Schlafst. Elisabeth Ufer 98 IV. 126b
Arbeitsmarkt.
80 Korbmacher verl. Kempter, Zentral-halle, Wiedung, b. N. Schmidt, Krautstr. 6.
Einen tüchtigen Klavierspieler
Etzelwitz, Zeig. 3309L
Zu melden Berlin, Andreadstr. 14, IV

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 272.

Sonnabend, den 19. November 1892.

9. Jahrg.

Parteitag

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Vierter Verhandlungstag.

Berlin, 18. November.

Der Vorsitzende Singer eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr mit der Mitteilung einer Reihe von Begrüßungen, die an den Parteitag aus Jörbig, Dortmund, Reichenberg in Pommern, Bonn, Berlin, Leipzig gelangt sind.

Delegierter Dr. Sägen aus spricht in einer Erklärung an das Bureau sein Bedauern aus, daß er gestern durch Unwohlsein verhindert gewesen sei, zu erscheinen und dadurch um Wort gekommen sei. In der Meiner-Prage würde er gegen Arbeitsruhe am 1. Mai, aber für eine Feier am Abend des 1. Mai gestimmt haben.

Delegierter Metesche giebt die Erklärung ab, daß er Rudwald-Altenburg vertritt und daß nicht dieser, wie es im geheiligen Bericht heißt, für eine Arbeitsruhelegung am 1. Mai gestimmt habe.

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetreten, zur Verhandlung gelangt Punkt 6 derselben: Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie.

Folgende Resolution liegt hierzu vor:
Der Parteitag erklärt:
Die Sozialdemokratie hat mit dem sogenannten Staatssozialismus nichts gemein.

Der sogenannte Staatssozialismus, insoweit er auf die Verstaatlichung zu sozialistischen Zwecken hinzielt, will den Staat an die Stelle der Privatkapitalisten setzen und ihm die Macht geben, dem arbeitenden Volk das Doppeljoch der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Sklaverei aufzulösen.

Der sogenannte Staatssozialismus, insoweit er sich mit Sozialreform oder Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen beschäftigt, ist ein System von Halbsheiten, das seine Entstehung der Furcht vor der Sozialdemokratie verdankt. Er bezweckt, durch kleine Konzessionen und allerlei Palliativmittel die Arbeiterklasse der Sozialdemokratie zu entfremden und diese dadurch zu lähmen.

Die Sozialdemokratie hat nie verschmäht, solche finanziellen Maßregeln zu fordern oder — falls von anderer Seite vorgeschlagen — zu billigen, welche eine Hebung der Lage der Arbeiterklasse unter dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem herbeiführen können. Sie betrachtet solche Maßregeln aber nur als kleine Abkühlungsmittel, die ihr Streben nach sozialistischen Neugestaltung des Staates und der Gesellschaft in keiner Weise behindern.

Die Sozialdemokratie ist ihrem Wesen nach revolutionär, der Staatssozialismus konservativ. Sozialdemokratie und Staatssozialismus sind unversöhnliche Gegensätze.

R. Liebknecht, Vollmar.

Referent ist
W. Liebknecht: Nachdem die von Vollmar und mir unterzeichnete Resolution verlesen, wird die Debatte einen anderen Charakter annehmen, als es sonst der Fall gewesen wäre. Da jede Differenz geschwunden, habe ich nicht nötig, auf alle Einzelheiten einzugehen. Auf eines will ich zunächst aufmerksam machen. Vieles ist dem „Vorwärts“ vorgeworfen worden, er habe den Streit vom Zaune gebrochen und hätte das persönliche Moment in den Streit hineingetragen. Nun, der „Vorwärts“ war verpflichtet, die Diskussion zu eröffnen. Und durch die Diskussion ist jetzt ja Klarheit geschaffen worden. Nicht Spaltung, sondern Klärung war das Ergebnis. Vollmar's Name steht neben dem meinen unter der Resolution. Wenn Persönliches vorhanden war, so ist es in den Hintergrund gedrängt worden. Daß aber eine Klärung über den Staatssozialismus notwendig war, wird durch einen Blick auf die deutschen Verhältnisse klar gemacht. Meine Fraktionskollegen treffen im Eisenbahn-Wagen ja häufig mit politischen Gegnern, die der äußersten konservativen Partei angehören, zusammen. Man gerät in Diskussionen, und da hört man häufig von den einflussreichsten Konservativen: „Alles, was Sie an Sozialistischem erheben, das unterschreiben wir Wort für Wort. Aber Ihre Demokratie trennt uns.“ Ja, in den Schichten, die die Regierung in Händen haben, glaubt man sozialistisch zu sein. Einflußreiche Militärs theilen diesen Glauben. Sie wollen, daß der gegenwärtige Staat die ganze Produktion in die Hand nimmt, aber sie wollen dabei die Monarchie erhalten haben, sie träumen von einem sozialen König- oder Kaiserthum. Was ist der Staatssozialismus? Die Worte „Staat“ und „Sozialismus“ sind in Wirklichkeit vollkommen unvereinbare Gegensätze. Der Staat ist die organisierte Gesellschaft von heute, die auf der Ausbeutung der Arbeiter, auf dem Monopol der Produktionsmittel in den Händen der Kapitalisten beruht. Der Staat ist Klassenstaat. Der Sozialismus will die kapitalistische Ausbeutung, auf der der heutige Staat beruht, beseitigen. Kommen wir dahin, daß der heutige Staat seine Haut auszieht, daß der Staat aufhört, Klassenstaat zu sein, dann ist es der Sozialismus, der seine Ziele verwirklicht hat. Dann könnte man von Staatssozialismus sprechen, aber das ist nicht das, was Sozialismus ist. In der Parteigeschichte sind Herrschaften darunter verstanden. In der Parteigeschichte sind es einen Versuch, den Staat im idealen Sinne aufzulösen. Das geschah durch den Lassalle'schen Vorschlag auf Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe. Der Lassalle'sche Gedanke hat sich nicht durchsetzen können. Wir haben mit der Lassalle'schen Idee Lassalle's gebrochen, und als im Jahre 1875 der Lassalle'sche Vorschlag in das Kompromißprogramm aufgenommen wurde, da geschah es unter allerhand Verlausströmungen. Schon damals hat man in Programm Garantien zu schaffen gewünscht, daß der Staat nicht die ökonomische Machtmittel, die ihm die Produktionsgenossenschaften verliehen hätten, mißbrauchen könne. In dem 76er Programm wird die Verzichtung von sozialistischen Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes gefordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen. Immerhin steht auch diese Formel noch heute in der Parteigeschichte. In der Geschichte an ein soziales König- und Kaiserthum in einflussreichen Kreisen verbreitet. Man sagt, das Königthum ließe über den Klassen und könne Gerechtigkeit ausüben über Reich und Arm. Unter Bismarck wurde ein neuer Anlauf genommen, und der Gedanke so angepielt, daß man sagte, die Monarchie sei nicht an die einzelnen Klassen gebunden, die preussischen Könige seien immer „rois sans peur“ (Könige der Welt) gewesen, sie sollten nun auch die Könige des künftigen Proletariats sein. Was

unter Bismarck aus dem „sozialen Königthum“ geworden, das wissen wir. Wir kennen seine Thoten. Wir haben das Sozialistengesetz bekommen; dann die mögliche Sozialreform, die den Kernpunkt der sozialen Frage nicht berührt. Von neuem ist der Gedanke des „sozialen Königthums“ in den Februar-Erlässen aufgewacht, die auch der Aufwühlung entsprungen sind, als habe das Königthum über den Klassen. Und was war der Erfolg: Die Arbeiterthut-Gesetzgebung! Das hat der Widerstand der kapitalistischen Klasse herbeigeführt. Es ist eine Utopie, das Königthum über den Klassen. Könnte die soziale Frage lösen. Entweder er läßt es darauf ankommen, er widersteht sich uns, oder die soziale Revolution kommt durch Konzessionen von oben. Dann ist das aber nicht Staatssozialismus, sondern Kapitulation des heutigen Staates vor der heutigen Sozialdemokratie! Der sogenannte Staatssozialismus will, daß durch Verstaatlichung der einen Betriebe nach den anderen der Staat schließlich an Stelle der einzelnen Unternehmer tritt. Unser Programm aber nimmt den Kapitalismus als Ganzes. Verstaatlichung der heutige Staat, so bleibt er dabei, was er ist, und der Arbeiter gewinnt nichts dabei. Früher ist die Post immer gern als ein sozialistisches Experiment hingestellt worden, sogar von der Tribüne des Reichstages herab. Das ist ganz falsch. Die großen Ueberschüsse, die die Post erzielt, werden für die Zwecke des heutigen Klassenstaates, für den Militarismus verwendet, und zusammengebracht durch schlechte Bezahlung der unteren Angestellten. Die Klagen der Postbeamten sind bekannt. Wo der Staatssozialismus zur Durchführung gelangt, da verschlechtert sich die Lage der Arbeiter. Alle ihre Handlungen werden überwacht, ihr freies Wahlrecht verlämmernd und vernichtet, und ihre ökonomische Lage bessert sich nicht. Der heutige Staat tritt als Ausbeuter auf und sucht ganz nach menschelichen Grundätzen die Bühne herabzudrücken. Er legt dem Arbeiter das Doppeljoch der politischen und ökonomischen Knechtschaft auf. An und für sich halte ich den Gedanken des Staatssozialismus nicht für undurchführbar. In den älteren Industriezweigen hat es die Entwicklung der Produktivkräfte dahin gebracht, daß mit Profit nur gearbeitet werden kann, wenn kolossale Kapitalien zur Verfügung stehen — in der Baumwollindustrie z. B. Glauben Sie, daß es da den Baumwollindustriellen nicht angenehm wäre, wenn sie verstaatlicht würden? Auch beim Bergbau wird der Staat zur Verstaatlichung gedrängt. Nicht unmöglich ist auch die Verstaatlichung des Ackerbaues: die Grundbesitzer treten ihren Besitz an den Staat ab und werden die Entropen des kapitalistischen Staates. Weinen Sie, daß der Gedanke nicht manchem Junker, der sich nicht mehr halten kann, gekommen ist, dem Staat Grund und Boden gegen entsprechende Vortheile und gesichertes großes Einkommen zu übergeben? Je mehr der Kapitalismus unter den Folgen seiner eigenen Entwicklung leidet, desto näher treten wir der Verwirklichung des staatssozialistischen Gedankens. Einen derartigen „Idealstaat“ haben wir schon gehabt, den Jesuitenstaat von Paraguay. Im Jahre 1865, als wir auch im Kampfe standen gegen den Staatssozialismus, in dessen Fahrwasser damals Herr von Schönerer den Allgemeinen Arbeiterverein gebracht hatte, da verließ ich in einer Rede im Berliner Landtagsverein auf diesen Jesuitenstaat, wo die ganze Industrie, der ganze Ackerbau Eigentum der herrschenden Beamten, von alles militärisch organisiert war, die Industrie auch ganz gut gefordert wurde, der Staat Kasernen und Arbeitshäuser zugleich war. Die größte Sklaverei herrschte dort, den Indianern stand keine andere geistige Nahrung zur Verfügung, als solche, die sie zu willkürlichen Sklaven der Jesuiten machte. Ich warnte damals vor dem Staatssozialismus und wurde wegen dieser Rede ausgewiesen. — Die ganze politische Haltung unserer Partei wurde damals bestimmt durch den Gegensatz zum Staatssozialismus. Die Lassalle'sche Bewegung war ganz ins Fahrwasser des Staatssozialismus gerathen und wir waren ihr grade durch unsere Demokratie verhaßt, wie heute den Anarchisten. Gerade aber das demokratische Element unserer Bewegung hat uns zu unserer jetzigen Macht verholfen, es hat verhindert, daß der Sozialismus ausgebeutet wurde zu Gunsten des Despotismus. Der Kampf gegen den Staatssozialismus war nötig, um die Sozialdemokratie vor seiner tödlichen Umarmung zu bewahren. Wir sollten bemerkt werden, um zuerst die Fortschrittspartei zu beseitigen, dann aber wären wir selber zu Boden getreten worden. — Noch in einem anderen Sinne wird das Wort Staatssozialismus angewendet. Man nennt Staatssozialismus alle Veruche des heutigen Staates, das Verhältnis des Arbeiters zum Kapitalismus erträglicher zu gestalten. Selbst die Arbeiterschutz-Gesetzgebung ist Staatssozialismus genannt worden. Gegen diese Anwendung des Ausdrucks muß protestirt werden. Das Mutterland der Arbeiterschutz-Gesetzgebung ist England, wo der staatssozialistische Gedanke bisher am allerwenigsten Raum gefunden hat. Niemand in England hat je daran gedacht, die Arbeiterschutz-Gesetzgebung Staatssozialismus zu nennen. In bezug auf diese Form des Staatssozialismus führt die Resolution, die Ihnen vorliegt, aus, daß es ein System von Halbsheiten darstellt und seine Entstehung der Furcht vor uns verdankt. Alle seine Maßregeln kritisieren sich selbst, und bei allen fehlt das Kriterium des Sozialismus: sie lassen die Klassengegensätze bestehen, die Ausbeutung und Unterdrückung bleiben, die Arbeitsmittel bleiben Monopol der Kapitalisten. Nur an kleinen, nebensächlichen Dingen wird gebessert, kleine Vortheile geboten. Soweit diese Vortheile sich uns bieten, haben wir ja auch stets zugegriffen, weil wir nicht auf dem Standpunkt der absoluten Negation stehen, aber deshalb sagen wir doch, daß sie der konservativen Absicht entsprungen sind, den heutigen Staat zu erhalten. — Damit bin ich am Ende. Sie alle haben die Artikel gelesen, die unsere Presse, die die „Neue Zeit“ gebracht hat. Auch Vollmar's Broschüre. Ich will hier nicht einzelne Stellen in kritischer Weise besprechen. Die Resolution liegt Ihnen vor, die auch von denen, die eine andere Uebersetzung früher vertreten haben mögen, unterschrieben worden ist. Noch ein Wort zum Schluß: Je mehr der Kapitalismus eintritt, daß er nicht bestehen kann, daß die Entfaltung seiner Produktivkräfte ihn zersprengt, desto näher ist auch der Moment gekommen, wo der Staatssozialismus in volle Erscheinung tritt, so daß ich glaube, der letzte Kampf, den die Sozialdemokratie zu bestehen hat, er wird ausgefochten werden unter dem Schlagwort: die Sozialdemokratie, die Staatssozialismus! (Lebhafter Beifall.)

Eine große Reihe von Anträgen liegt zu diesem Punkte der Tagesordnung vor. Sie werden mit zur Verhandlung gestellt. Das Wort erhält als Korreferent

Vollmar: Der Punkt, über den wir jetzt sprechen, ist seit langen Wochen als der eigentlich fette Witten des Kongresses angesehen worden, auf den sich zahlreiche Leute, namentlich aber unsere Gegner ganz besonders getreut haben. In der gegnerischen Presse namentlich ist hierbei die Erwartung ausgesprochen worden, daß es zu großen Auseinandersetzungen kommen, daß der Zwiepsalt, der Kampf unserer Partei dahinter lauern werden. Die Resolution, die Liebknecht's und meinen Namen trägt, hat diejenigen enttäuscht, die sich darauf gefreut haben und dabei auf ihre Rechnung zu kommen gedachten, zugleich aber auch denen nicht Anrecht gegeben, die eine weitere Diskussion über den Staatssozialismus überhaupt für überflüssig erachtet haben. Die Frage liegt nahe: Ja wenn die beiden Liebknecht und Vollmar in der Sache so vollkommen mit einander einverstanden sind, weshalb

ist da eigentlich den ganzen Sommer über gestritten worden? Liebknecht sagt, die Auseinandersetzung sei von Nutzen und notwendig gewesen; ich bin anderer Meinung. Die Diskussion der letzten 7 Wochen war nichts anderes als ein „auf der Stange im Viebel herumhängen“, nichts anderes als ein Wortstreit. Inhalt und Ergebnis der Auseinandersetzungen steht zu dem Eifer, mit dem sie betrieben, in keinem Verhältnis. Das ist aber immer so, wenn die Diskussion über einen Punkt nicht eine freie, gewollte, sondern von den Gegnern aufgedrängte ist. Das war hier. Allgemein wird zugegeben, daß mein Brief in der „Neuen Zeit“ in bezug auf Deutschland und die Sozialdemokratie bedeutungslos war, daß er nur dadurch Bedeutung hatte, daß er für Leute bestimmt war, die beides nicht kannten. Er wäre gar nicht beachtet worden, wenn nicht schiefe, gefälschte, zerstückte Auszüge von ihm in der gegnerischen Presse erschienen wären. Auszüge, in denen meine Worte eine ganz andere Klangfarbe annahmen. Einzelne Stellen, an denen auch gebühret worden, lasse ich bei Seite und wende mich zu dem Satze des gegnerischen Auszuges: „Die Sozialdemokratie erstrebt eine Reihe von Maßregeln, die sich als Annäherung an den Staatssozialismus herausstellen.“ So stand es zunächst in der „Tögl. Rundschau“, und blieb unbeachtet, bis es in die nationalliberalen „Münchener Nachrichten“ überging. Erst daran knüpfte der Angriff des „Vorwärts“ an. Am 4. Juni erschien der Artikel. Zwei Tage später berichtete ich den Bericht. Der „Vorwärts“ warerte meine Verächtung, die den wahren Text gab, nicht ab, sondern nahm sofort Stellung dazu. Ich bin der letzte, der dem „Vorwärts“ den Mund verbünden, ihn verhindern möchte, öffentliche Dinge zur Sprache zu bringen. Dann würde ja der „Vorwärts“ noch weniger ein führendes Organ sein.

Aber gewünscht hätte ich, der „Vorwärts“ hätte eine gefittete Wartezeit (Dilettant) innegehalten. Er hat aber sofort losgeschossen. Liebknecht muß als alter Journalist wissen, daß es die Pflicht jeder Redaktion ist, sich eine gewisse Reserve anzulegen, wo das tatsächliche Material noch gar nicht vorliegt. Der „Vorwärts“ mußte sich sagen, daß nicht in der gegen die Presse, so kann Vollmar gar nicht gesprochen haben. Liebknecht weiß ja, daß die gegnerische Presse auch ihm eine Reihe von Auswüchsen über mich in den Mund gelegt hat, darunter eine, die direkt beleidigend war. Wenn ich nun auch da gleich losgeschossen hätte! Ich habe es nicht gethan, obwohl ich nicht gerade in der ruhigsten Laune gegen Genosse Liebknecht war, wie er ja auch nicht gegen mich (weiter). Ich will hier seine Refutationen erheben, das merken Sie ja auch an dem Tone, in dem ich rede, aber ich will doch feststellen, daß es die Pflicht jeder Parteizeitung ist, sobald ein Streitfall auftritt, aufs äußerste vorsichtig zu sein und nicht einem Genossen etwas anzuhängen, was leicht für die Augen der sich nicht eingehend mit den Dingen beschäftigenden Genossen an ihm hängen bleibt. Der Streit ist nicht durch mich, sondern durch die wenig überlegte Art des „Vorwärts“ veranlaßt worden. Nachdem der Kampf begonnen hatte, war es wohl das allgemeine Unbehagensbewußtsein aller Journalisten, die bin ja auch einer, das den „Vorwärts“ verhindert hat zu sagen: „Ich habe mich geirrt.“ Am weiteren Verlaufe des Streites hat Liebknecht wenig Antheil. Er wurde von einem Manne weiter geführt, dessen Rezensionsstand erregt ist. Ich wünsche da nur, daß im „Vorwärts“ künftig die Kerzen so überwacht werden, daß nicht Ansehen und Ruf eines Genossen darunter leiden. Meine Auswüchsen über den Staatssozialismus sollten auf das praktische Handeln der Partei keinen Einfluß haben. Sie waren theoretischer Natur und sagten, nicht wie der Staatssozialismus definiert werden müsse, sondern wie er definiert werden könne. In bezug auf die Taktik stand ich von vornherein auf dem Standpunkt, wie er in der Resolution sich ausdrückt. Eine Differenz ist von vornherein nicht vorhanden gewesen. Zum Beweise verliest Redner vier Stellen aus seiner Broschüre. Wenn alle die Genossen, die ein Scheitern Holz zu dem Scheitern haben herbeigetragen haben, auf dem ich draten sollte, meine Schrift erst gelesen hätten, mancher Beschluß, manche Resolution wäre dann unterblieben. Der Kampf gegen die Neigung zum Staatssozialismus ist ein Einnehmen von offenen Thüren. Diese Neigung habe ich nie in der Partei bemerkt. Auch bei Lassalle nicht, wie Liebknecht meinte, das beweist Lassalle's Briefwechsel mit Rodbertus. Die Resolution wird hoffentlich den Streit schlichtend für alle Zeit und so unerquickliche Zustände, wie sie die letzte Polemik gezeitigt hat, künftig unmöglich machen. Opportunismus und Optimismus ist mir vorgeworfen worden; ich sei regierungsfreundlich, meinten gar die Dortmunder Genossen. Solche Phrasen sollten bei Seite gelassen werden; es sind die gefrorenen Trompetentöne Münchener Hausen's aus Genuß her, die in der Sommerzeit nach einem Jahr wieder aufgetaut sind. Die Kritik ist eine sehr schöne Sache, aber sie muß diszipliniert sein, sie darf nicht zur Sperrtreit werden. Dann wird sie schädlich, zumal wenn sie sich nicht an den Gegner, sondern an den Bruder wendet. Statt uns aneinander zu reiben, sollte die Kritik, die auf das Auslegen meiner Worte vermandt worden ist, gegen den Gegner verwendet werden. Mit dem Auslegen, dem Redigiren ist es so eine Sache; das wissen wir ja vom Redakteur der „Emser Tagespost“. Zu der theoretischen Frage, was man unter Staatssozialismus zu verstehen hat, will ich hier nichts mehr sagen. Meine Ansicht deckt sich im wesentlichen mit der Kantky's, unserer eigentlichen Theoretikers. In bezug auf die praktische Seite der Frage liegt hier die Resolution vor. Ich hoffe, sie wird einstimmig angenommen werden, wenn sie auch in ihrer Fassung nicht jedem einzelnen befriedigen wird. Von den Gegnern werden die einen wieder sagen: Vollmar hat den Rückzug angetreten; die anderen: Er hat geliegt, denn er ist ja nicht verspreit worden! Das soll uns gleichgültig sein. Vom Urtheil der Gegner sollten wir uns überhaupt emancipiren. (Sehr richtig!) Nichts soll uns fernere liegen, als unsere Gegner über uns aufzuklären; je vernünftiger und dünner ihre Ansichten über uns sind, desto besser. (Zustimmung.) Bei uns im Süden ist am allerwenigsten über den Staatssozialismus diskutiert worden. Der Redner schließt: Geben Sie in der Debatte in derselben sachlichen und verhältnißmäßigen Weise, wie Liebknecht und ich, zu Werk. Handeln Sie in dem Sinne, in dem unsere Arbeit stets erfolgreich war, nämlich im Sinne und zum Nutzen unserer Partei! (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der noch gar nicht eröffneten Debatte erregt die Heiterkeit des Parteitages.

Zu der Debatte ergreift zunächst das Wort Kessler, und betont, daß die Partei weniger eine prinzipielle, als vielmehr eine taktische Stellung zum Staatssozialismus zu nehmen habe. Es komme vor allem darauf an, dem Arbeiter klar zu machen, in welcher Absicht der Staat staatssozialistische Schritte thut. Die Partei selbst rufe staatssozialistische Maßnahmen an, so halte er die Forderung des Achtundtags und vieles noch für solche, sie erkläre aber gleichzeitig, daß sie nur Abschlagzahlungen seien. Die Haltung des „Vorwärts“ sei tadellos gewesen.

Die Annahme der Resolution könne er nicht empfehlen, da die logische Zusammenfassung zwischen dem 1. und 2. Theile fehle. Er schlägt vor, die Resolution einer Kommission zur Umarbeitung zu überweisen und dem nächsten Parteitage eine ausführliche Denkschrift vorzulegen.

10 1/2 u. e. Altona wendet sich gegen Liebknecht's Auswüchsen.

als sei Lassalle ein Vertreter des Staatssozialismus gewesen, als habe er die „übliche Umarmung“ der Sozialdemokratie von Seiten des Staates bezwecken wollen. Man möge endlich einmal diese irrthümliche Auffassung über Lassalle bei Seite lassen. Durch die Resolution allein werde ja schon dieser Auffassung widersprochen, da Lassalle doch sicherlich nie konservativ gewesen sei.

Redner sieht in der Frage des Staatssozialismus im Gegensatz zu Vollmar und Repler eine Frage von hoher prinzipieller Bedeutung.

Der Staatssozialismus greife solche Maßnahmen aus dem Sozialismus heraus, die die Grundlage des heutigen Staates intakt lassen. Er treibe Beschneidungspolitik. Nicht die Sozialdemokratie nähere sich dem Staatssozialismus, sondern umgekehrt.

Hoch-Frankfurt sieht sich zu einer Erwiderung veranlaßt durch die Rede Vollmar's. Er wolle sich dagegen wenden, daß es so hingestellt wird, als ob der ganze Streit einzig und allein entstanden sei durch die nach des Redners Ansicht allerdings nicht ganz zureichende Art und Weise, in welcher der „Vorwärts“ diese Angelegenheit behandelt hat. Es lägen in Vollmar's Schrift Ansichten vor, gegen die die Partei Front machen müsse. So sei der nachfolgende Satz sehr angreifbar: „Derhalb bin ich auch der Meinung, daß die Sozialdemokratie keinerlei Grund hat, den Gedanken des Staatssozialismus an sich mit besonderem Eifer zu bekämpfen. Werden doch im Gegentheil eine Reihe von Maßnahmen zur stufenweisen Umbildung einer besseren Gesellschaftsorganisation von uns angestrebt und schließlich mit beschlossenen werden, welche man ganz wohl als staatssozialistische bezeichnen kann.“ Nach dieser Auffassung müßten wir den Staatssozialismus ganz entschieden bekämpfen, weil sonst Unklarheiten unvermeidlich sind. Vollmar habe freilich ausdrücklich betont, daß wir den staatssozialistischen Maßnahmen nur zustimmen zur Umbildung einer besseren Gesellschaftsorganisation. Das genüge aber nicht. Von dem Standpunkte aus könne man den Arbeitern kommen, um ihre Mitarbeit für den Staatssozialismus werden und unsere sogenannten Sozialisten mit dem Hinweis abfertigen, die Sozialdemokraten könnten dann ja ruhig warten, bis in späteren Jahrhunderten das sozialistische Gemeinwesen sich etablierte. Dem gegenüber haben die Sozialdemokraten zu betonen, daß sie die Umwandlung der jetzigen Produktionsweise sofort verlangen, daß alle staatssozialistischen Maßnahmen nur Zugeständnisse sind, die wir annehmen, weil sie einzelne der schlimmsten Mängel wenigstens einigmaßen mildern, die uns aber um nichts von unserer Forderung nach dem vollen Recht des arbeitenden Volkes, nach der Umwandlung der jetzigen Produktionsweise abbringen. Deshalb ist die uns vorliegende Resolution nicht überflüssig, er sei auch für dieselbe, obgleich auch ihm so mancher Ausdruck in derselben gar nicht gefalle.

Antr. d. Berlin: Es sei ein unberechtigter Vorwurf gegen die Genossen im 2. Berliner Wahlkreis, daß sie zu heilig über Vollmar geurtheilt hätten. Sie hätten den ersten Artikel Vollmar's und seine Proklamation abgelehnt; selbstverständlich habe jedes persönliche Motiv ferngehalten, und es sei ein solches auch nicht zum Ausdruck gekommen. Aber die Konfusion, welche in diesen Köpfen entstanden sei, habe eine Erklärung, die dann auch zu einem bestimmten Ergebnis führe, nöthig gemacht. Als einen Beweis von vielen führe er nur an, daß ein Mann, der viele Schulen durchlaufen habe, vielseitige Lebenserfahrungen gemacht habe, und als Redakteur eines Parteiblattes fungire, Artikel über den Staatssozialismus veröffentlicht habe im Anschluß an die Vorgänge, Artikel, die dann freilich eine „Beleuchtung“ für die noch nicht „Erleuchteten“ nöthig gemacht hätten. Die Erklärung sei erfolgt und die Resolution bringe deren fechtliche Erledigung.

Lützenau. Berlin stellt das Amendement: statt „sozialistischer Neugestaltung des Staates und der Gesellschaft“ zu setzen: „sozialistischer Neugestaltung der Gesellschaft“. Er tabelt, daß der erste mit „der Staatssozialismus“ beginnende Absatz den Zweck, der erste Satz des nächsten Abschnitts den Entstehungsgrund und der folgende Satz wieder den Zweck des Staatssozialismus mit anderen Worten angebe, halt aber sonst die Fassung im allgemeinen für gut bis auf die Wendung: „Neugestaltung des Staates.“ Wollen wir denn den Staat neugestalten? Der Staat beruht auf Privateigentum und Wohnsitz; wenn das Privateigentum, die Klassengesellschaft aufhört, stirbt der Staat an. Die Redner sagte allerdings in Erfurt, daß es ihm auf den Namen nicht ankomme, warum solle man nicht für die sozialistische Organisation der Gesellschaft den Namen „Staat“ beibehalten? Aber es verwirrt, den Namen, der geschichtlich einem bestimmten Ding gehöre, einem anderen Ding zu geben. Wenn Einer den Namen „Kapital“ für die sozialistische Gesellschaft beibehalten wolle, weil die Gegenstände, die heute Kapital bilden, bleiben, und weil ebenso produziert würde, wie heute, würde das nicht auch verwirren? Staat und Kapital sind historische Kategorien und im Sozialismus überwunden. Wir sagen nicht mit dem Dichter und mit Liebknecht:

„Wir sind die Kraft, wir hämmern jung, das alte morsche Ding, den Staat,
Die wir von Gottes Horne sind bis jetzt das Proletariat.“

Daher ersuche ich, die „Neugestaltung des Staates“ zu streichen. Sei die Angelegenheit mit einer Erklärung des Parteitag's werth, so solle diese auch streng grundsätzlich sein.

Diederich. Dortmund wendet sich gegen eine Reihe von Ansichten, die Vollmar in seiner Schrift vertritt. Es scheint, als ob Vollmar eine Brücke zwischen Bourgeoisie und Proletariat schlagen wolle. Diese Möglichkeit sei ausgeschlossen, und guter Wille sei bei den herrschenden Klassen nie zu erwarten; wenn wirklich dann und wann Scheinbrücke guter Wille zeige, so sei dabei doch nie etwas anderes bezweckt worden, als die revolutionäre Hochfluth zurückzudämmen, als Del auf die hochgehenden Wogen der Arbeiterbewegung zu gießen. Ueberhaupt sei Vollmar's Schrift für viele Genossen gar nicht verständlich, es bedürfe einer Besprechung darin. Redner erklärt sich mit Repler einverstanden und bittet um Ueberweisung der Resolution an eine Kommission zur Retaktion.

Callubach. Karlsruhe meint, daß eine Meinungsverschiedenheit in der Partei über den Staatssozialismus kaum geherricht habe, daß beweise ja die gemeinsame Einbringung der Resolution von Liebknecht und Vollmar.

Webel: Als im Sommer der Streit ausbrach, da war ich recht wenig erbaut. Nachdem aber die Frage mehr und mehr, vor allem durch die gegnerische Presse ausgebaucht worden war, und nachdem die Frage nicht geklärt zu werden, mehr und mehr verwirrt wurde, ist es allerdings in hohem Grade nöthig gewesen, daß die Frage auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Vollmar hat mit Recht gesagt, es sei viel mit der Sprache im Nebel herumgefahren worden. Nur hat Vollmar selbst zuerst dies gethan.

Im Auslande hat man eine ganz falsche Meinung über den alten und den neuen Kurs und über die Stellung derselben zur Sozialdemokratie. Beide Kurse sind sich thatsächlich gleich wie ein Ei dem andern. Bei beiden ist der oberste Grundsatz: Die Frauen wie die Sozialdemokratie vernichten?

Auf die Frage des Staatssozialismus übergehend, meint Redner, man könne gar keine wissenschaftliche Definition des Staatssozialismus geben, da es eben gar kein System des Staatssozialismus gäbe; es gäbe Staatssozialisten, aber keinen Staatssozialismus. Aus diesem Grunde müßten alle Definitionen schiefe werden und thatsächlich würden auch alle Definitionen, wie sie nicht nur Männer der Wissenschaft, sondern auch die bisherigen Redner gegeben hätten, mehr oder weniger von einander ab. Der Staatssozialismus sei nur in dem jüdisch-demagogischen Preußen möglich. In den 70er Jahren seien einige Leute aufgetreten und hätten den Staat angereizt, weil sie einsehen, daß die Sozialdemokratie gefährlich wurde. Besonders hervorgetreten

seien dann staatssozialistische Tendenzen in den kaiserlichen Proklamationen nach den Wahlen. Darin sei es offen ausgesprochen worden, daß man mit Hilfe staatssozialistischer Maßnahmen die Sozialdemokratie tödt machen wolle. Die Frage hätte von Rechts wegen gestellt werden müssen: Wie stellt sich der Staatssozialismus zur Sozialdemokratie? und nicht umgekehrt. Nachdem sie nunmehr falsch gestellt worden ist: Wie stellt die Sozialdemokratie zum Staatssozialismus? ist es dringend notwendig, daß der Parteitag Klärung schafft.

Mit Liebknecht's Ansicht, daß der Staatssozialismus die allergrößte Gefahr für die Sozialdemokratie in sich schließe, daß der letzte Kampf der Sozialdemokratie mit dem Staatssozialismus ausgefochten werde, könne er sich nicht einverstanden erklären. Die Regierung, der neue Kurs, hat gar keinen Ernst dazu, das beweisen die paar jämmerlichen Konzeptionen, die man uns in der Frage der Sonntagsruhe gemacht hat.

Vollmar sei dieses Jahr aus dem Grunde wieder so angegriffen worden, weil er im Vorjahre schon Anlaß zu langen Auseinandersetzungen gegeben habe, da wäre doppelt auf ihn aufgepaßt worden. Die Gegner beliebten Vollmar stets als den Mann hinzujucken, der jeden Augenblick eine Spaltung in der Partei hervorrufen könne. Nun, Vollmar's heutige Rede habe in Bezug auf die Rechnung gründlich verborgen, er treue sich, daß einmal alle Zweifel beseitigt seien.

Nach aus einem anderen Grunde sei es dringend nöthig, Stellung zu nehmen zum Staatssozialismus. Wie der Artikel des Staatssozialismus in der „Neuen Zeit“ beweise, gebe es eine Menge von Leuten, die sich Sozialdemokraten nennen, ohne eine blasse Ahnung von Sozialismus zu haben. Durch die ungenügenden wirtschaftlichen Verhältnisse sei es erklärlich, daß eine große Menge Leute unzufrieden mit den heutigen wirtschaftlichen Zuständen seien und sie mit der Sozialdemokratie sympathisiren. So gebe sich Krethi und Plethi — um einmal so recht im bösen Sinne zu sprechen — in unserer Partei ein Rendezvous. Dem müsse man einen kräftigen Stoß versetzen durch unzweideutige Ausreden der wahren Sache.

Satz 2 der Resolution ist angreifbar, auch Dr. Lützenau's Einwendungen sind in gewissem Grade zutreffend. Trotz dieser Bedenken bitte ich Sie, einstimmig die Resolution anzunehmen, damit alle wissen, wie die Partei über die Frage denkt. (Bravo!) Lützenau. Berlin bekämpft auch die Ansicht, als ob Lassalle und der deutsche Arbeiterverein dem Staatssozialismus geneigt gewesen seien.

Höfische. München empfiehlt die in einer Münchener Versammlung gefasste Resolution. (Siehe Beiträge zum Parteitag.) Kunter. Friedriehshagen meint, es sei durch die Presse Verwirrung in die Kreise der Parteigenossen gebracht worden, auch vor allem durch die der ausländischen Genossen. Ein auswärtiges Parteiblatt habe Vollmar sogar „Verführer“ genannt. Die heutige Debatte werde in dieser Beziehung Klärung schaffen.

Schmidt. Berlin findet in Vollmar's Artikel eine Beschneidung des Staatssozialismus, die bekämpft werden müsse. Nachdem 5 Anträge auf Schluß der Debatte angelegt worden sind, gelangt endlich der sechste Schlußantrag zur Annahme. Hiermit tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Verhandlungen um 3/4 Uhr mit der Verlesung einer Reihe von Begrüßungsheften. Warmanu. Friedriehshagen stellt fest, daß er nicht, wie es im gestrigen Bericht hieß, im Sinne des Dr. Adler gesprochen habe.

Das Schlußwort erhält hierauf der Korreferent Vollmar: Es ist durch die Debatte nicht gerade viel Klarheit geschaffen worden, auch sind mehrere Redner aufgetreten, die sich in der in diesem Sommer beliebten Heidenkammer gehalten, und aus dem Zusammenhang einzelne Sätze herausziehen. Glücklicher Weise waren es nur wenig Redner, so der Genosse Schmidt-Berlin, welcher aus der ganzen Debatte keinen anderen Salus ziehen konnte, als zu sagen, Vollmar hat den Staatssozialismus begünstigt. Am schlimmsten hat es Diederich getrieben. Es scheint mir daher, daß die Resolution der Dortmunder Genossen mit Hilfe des Dr. Diederich zu fassen gekommen sei. Der von Dr. Diederich erhobene Vorwurf sei für einen Abgeordneten ein sehr schwerer. Diederich habe aber keine Begründung beigebracht, was doch seine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit gewesen sei. Er sei durch Diederich's Anstößen an das bekannte Lichterwort erinnert worden: Im Interpretiren seid treu und munter, legt ihr nicht aus, so legt ihr unter. — Auf den Vorwurf der Regierungsfreundlichkeit wolle er nicht eingehen, da die Abstimmung des Parteitag's Dr. Diederich die Antwort geben werde.

Hoch's Ausführungen gingen von einer falschen Auffassung aus. Redner habe in seiner Broschüre ausführlich auf die fortschreitende Demokratisirung der Staatsweisen hingewiesen, daher könne der Staatssozialismus der Sozialdemokratie durchaus nicht schaden. Wenn Hoch die kleinen Reformen des „Staatssozialismus“ bekämpft habe, weil man auf diesem Wege erst in ein paar Jahrhunderten zur sozialistischen Gesellschaft gelange, so habe auch er auf Seite 21 seiner Schrift dasselbe gesagt.

Auf Antr. d. Rede, daß er immer nur das Gemeinliche, nicht aber das Aeußerliche betont habe, erwiderte er, daß in seiner Schrift nur jenes der erste Theil vom Gemeinlichen des Staatssozialismus mit unseren Forderungen koinde. Im übrigen verweise Redner auf seine Arbeit in der „Neuen Zeit“.

Man rufe mir vor, daß ich in einer bürgerlichen Zeitung meine Arbeit veröffentlichte und noch dazu in einer ausländischen. Es ergebe die Anfrage an mich, und ich würde einem bürgerlichen Verleger gegenüber schreiben als nur ein Parteiblatt. Daß ein Sozialdemokrat nicht in einem bürgerlichen Blatte seine Ansichten entwickeln dürfe, sei ein Irrthum. In der Agitation spreche man ja auch vielfach zu Gewerkschaften, die Presse sei aber eine Art Tribune. Nicht auf das Blatt komme es an, in dem man seine Ansichten vertritt, sondern auf die Gedanken komme es an. Diese dürften nicht gegen das Programm verstößen, und das sei bei seinem Auffas in der „Neuen Zeit“ nicht der Fall gewesen.

Webel's Ausführungen, es existire kein System des Staatssozialismus, halte ich nicht für den härtesten Theil seiner Rede. Geht hat es mich eben, daß Webel mit mir übereinstimmt in der Frage der Bedeutung des Staatssozialismus. Liebknecht sehe in der Beziehung zu Schwarz.

Vielleicht vor zehn Jahren sei der Staatssozialismus mächtig gewesen, da habe es auch keiner von uns an dessen Bekämpfung fehlen lassen; gegenwärtig sei aber keine Gefahr zu sehen. Kontzy selbst habe ja den Staatssozialismus eine Künne genannt, und er Redner habe gesagt, keinen bekämpfe man nicht. Kann eine politische Frage scheint mir jetzt im Augenblick weniger brennend, als die des Staatssozialismus.

In einer Hinsicht hat Webel den Nagel an den Kopf getroffen, indem er sagte, Vollmar sei nicht deshalb angegriffen, weil er das und das gesagt habe, sondern weil er es gesagt habe. Darauf müsse er eingehen, daß unsere Partei doch im weitesten Sinne eine demokratische sei und man daher doch nicht einzelne Personen auf den Leuchter heben solle. Niemand wünsche weniger einen Post Vollmar auf der Tagesordnung als er.

Len. Ausdruck, es finde sich Krethi und Plethi in unserer Partei zusammen, habe Webel wohl selbst für einen unglücklichen gehalten. Webel habe gewünscht, daß alle diejenigen nur als Sozialdemokraten gelten sollen, die das Programm verstanden. Dann müsse man jedenfalls die Mehrheit streichen. Die Aufklärung kann doch erst dann folgen, wenn die, die Sympathien für uns haben, zu uns gekommen sind, wir dürfen sie nicht von der Thür zurückweisen. Uebrigens hat Webel diese Ansicht in Erfurt selbst ausgesprochen.

Das Weiteren wendet sich Redner gegen die Behauptung, daß er Verwirrung in der Partei angerichtet habe. Mit dieser Be-

hauptung seien viele gleich bei der Hand. So habe auch Lützenau gemeint, man trage Verwirrung in die Partei, wenn man in der Resolution Liebknecht-Vollmar den Ausdruck „sozialistische Neugestaltung des Staates“ lasse. Nun, dann treue es ihn, daß auch Liebknecht einmal, der der Verfasser der Resolution sei, Verwirrung angerichtet habe. Aus diesen Behauptungen geht hervor, daß in vielen unserer Genossen ein starkes Stück von dem alten dogmatischen Kram liege. Dogmatismus schließt sich aber für keine Partei weniger wie gerade für die unsere. Wir kennen keine Glaubenssätze, sondern sind eine kritische Bewegung; wir haben Tag für Tag unsere Programmsätze zu untersuchen, ob sie richtig sind.

Jede Frage, welche sachlich debattirt wird, ist kein Schaden, sondern ein Nutzen für die Partei. Aber es muß auch sachlich geklärt werden, und man darf nicht gleich mit Ausdrücken wie Regierungsozialismus, Hochverräter an der Partei u. bei der Hand sein.

Es scheint fast, als ob jeder Sommer eine Debatte anrege, wenn die allgemeine Politik schließt. (Heiterkeit.) Die Partei sollte mir für die Anregung dazu dankbar sein. (Heiterkeit.)

Ich komme jetzt auf die Resolution. Diese an eine Kommission zur Retaktion zu überweisen, sei ein ganz unglücklicher Gedanke. Da habe man auf dem nächsten Parteitag wieder die Debatte. Ich bitte unsere Resolution einstimmig anzunehmen. (Bravo!)

Zu persönlichen Bemerkungen erhalten das Wort Hoch-Frankfurt und Webel, der in bezug auf den von ihm gebrachten Ausdruck „Recht und Plethi“ konstatiert, daß er ihn mit vollem Bewußtsein gebraucht habe. Es sei nicht nöthig, daß jeder Sozialdemokrat das Programm verstehe, sondern er braucht es nur anzuerkennen. Nicht nach unten, sondern nach oben müsse man die Grenze ziehen, da eben notorisch viele Angehörige der oberen Klassen sich als Sozialdemokraten aufspielten, um die Bewegung zu verwickeln. (Sehr richtig!)

Nunmehr erhält das Schlußwort der Referent Liebknecht:

Wenn Vollmar sich in seinen Schriften so deutlich ausgesprochen hätte, wie heute, dann wäre allerdings kein Anlaß zu einer Polemik dagewesen. Es sind aber gerade Ansichten in Vollmar's Schriften verstanden, gegen die Front gemacht werden muß.

So unwichtig wie Vollmar die Sache hinstellen will, wenn er seine Arbeit in einer ausländischen bürgerlichen Revue veröffentlichte, halte ich die Sache nicht. Vollmar habe als Führer der deutschen Sozialdemokratie für ein bürgerliches Publikum über die Verhältnisse in der deutschen Sozialdemokratie geschrieben. Vollmar habe eine ziemlich verformene Darstellung vom Staatssozialismus gegeben, und der „Vorwärts“ habe sofort dazu Stellung nehmen müssen.

Vollmar rede einer düpeltirten Kritik das Wort; daß sei dasselbe, wie wenn man sage, die Pressefreiheit dürfe nicht in Preßfreiheit ausarten. Wenn man die Freiheit beschränkt, dann ist es keine Freiheit mehr. So ist es auch mit der Kritik.

In bezug auf den Lassalle'schen Staatssozialismus sei es falsch verstanden worden. Er habe heute Morgen gesagt, er kenne nur eine Art von Staatssozialismus, die den Namen Sozialismus verdiene, und das sei der Lassalle'sche Vorschlag. Im Klassenstaate kann es keinen Sozialismus geben, aber man kann sich wohl einen Staat denken, der Sozialismus betreibe; wenigstens es auch utopisch ist, so habe doch mancher von uns den Gedanken gehabt. Lassalle selbst glaubte Bismarck dazu bewegen zu können, den Sozialismus durch den Staat einzuführen, es sei ihm aber nicht gelungen. Freilich habe der Sozialismus nach 25 Jahren Bismarck besiegt, und er wird auch den Staatssozialismus spielend besiegen. Staatssozialismus zu sagen, sei Wort-Falschmünzerei, es müsse heißen Staatskapitalismus. Nicht eine einzige der staatssozialistischen Maßnahmen tendire auf eine Herbeiführung des Sozialismus, das Gegenteil sei der Fall.

In England werde das Wort Staatssozialismus erst ganz neuerdings gebraucht, früher sei es keinem Menschen eingefallen, das was man in Deutschland als staatssozialistisch bezeichnen, so zu nennen. Webel habe Recht, wenn er sage, daß der Staatssozialismus ausschließlich preussisches Gewächs sei.

Wenn der Staat mit dem Sozialismus spielt, dann ist es nicht der Sozialismus, sondern der Staat, welcher erliegen wird. Die bürgerliche Gesellschaft ist freilich noch sehr stark, wenn auch nicht gerade die deutsche Bourgeoisie, aber sie hat sehr starke Mächtegenossen.

Webel glaubt nicht, daß es Persönlichkeiten gebe, die den Staatssozialismus begünstigen gegen die Sozialdemokratie und im Stande wären, mit Hilfe des Staatssozialismus der Sozialdemokratie den Garaus zu machen. Dieser Ansicht bin ich ganz und gar nicht. Freilich in Frankreich und England wäre es unmöglich, nicht aber bei uns in Deutschland, wo wir eine glänzlich vornehmen Bourgeoisie haben, die nie kräftig war, die unfähig ist, der Macht des Staates Widerstand zu leisten. Diese Bourgeoisie ist außer Stande, Persönlichkeiten zu hindern, wenn diese das staatssozialistische Experiment als letzte Karte ausspielen. Wenn die heutigen Stützen des Staates, die konservativen Parteien, sagen, wir müssen dem Privateigentum zu Seibe gehen u., dann wird es geschehen. Und das ist zu erwarten. Heute ist es zwar noch eine Widerwehr, sie kann aber morgen zur Majorität geworden sein. Ich sehe daher doch eine Gefahr im Staatssozialismus.

Die Resolution ist zwar in einigen Punkten angreifbar, es läßt sich aber keine Fassung finden, die für alle Fälle Disputationen ausschließt.

Derhalb empfehle ich einstimmige Annahme unserer Resolution. (Bravo! — Hindellatschen.)

Es wird zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge geschritten.

Der Antrag Repler auf Verweisung der Liebknecht-Vollmar'schen Resolution an eine Kommission wird fast einstimmig abgelehnt.

Die Resolution Liebknecht-Vollmar wird einstimmig angenommen. (Bravo!)

Alle anderen Anträge sind damit erledigt.

Es wird zu Punkt 7. „Der internationale Kongress zu Zürich“ geschritten. Das Einladungsschreiben des Organisationskomitees wird verlesen.

Berichterstatter ist

Herdinand Gwald. Die Nothwendigkeit, internationale Kongresse zu veranstalten und zu beschicken, liegt auf der Hand. Bisher ist es nicht nöthig, sie alle zwei Jahre, sondern nur alle drei oder vier Jahre zu veranstalten. Redner sagt seine Ausführungen in folgender Resolution zusammen:

Der Parteitag wolle beschließen: Die deutsche Sozialdemokratie erachtet es als ihre Pflicht, den im Jahre 1890 in Zürich stattfindenden internationalen Arbeiterkongress durch zwei Delegirte zu beschicken, welche die Partei offiziell vertreten. Es ist ferner wünschenswerth, daß die Genossen aus den einzelnen Kreisen auch ihrerseits Vertreter entsenden. Die deutsche Sozialdemokratie wünscht, daß in die Tagesordnung des Kongresses aufgenommen werden: „Die politische Beteiligungs der Arbeiterklasse an dem Kampf um die politische Macht“ und „Die Stellung der Arbeiter zum Krieg“.

Betreffend den Beschluß des englischen Trades-Union-Kongresses zu Glasgow, in bald einen internationalen Gewerkschaftskongress einzuberufen, welcher berathen soll, in welcher Weise der gleichzeitige Achtstundentag international verwirklicht werden kann, erklärt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie: Es liegt kein Grund vor, angesichts des im nächsten Jahre stattfindenden internationalen Arbeiterkongresses zu Zürich, der gleich seinen Vorgängern in Paris und Brüssel die Angelegenheit des Achtstundentags erörtern wird, noch einen besonderen internationalen Gewerkschaftskongress einzuberufen. Auch ist die Frage nach der gesetzlichen Regelung des Achtstundentags im

Jeden wesentlich eine politische Frage, ob die Arbeiter nur auf dem Wege der Gewerkschaft gelöst werden kann. Es sind also die politischen Arbeiterparteien dabei mindestens ebenso interessiert als die reinen Gewerkschaftsorganisationen, und überdies gibt diese Frage alle Arbeiter an ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu irgend einer Organisation.

Der Parteitag legt die Erwartung, daß die deutschen Gewerkschaften im Sinne der obigen Erklärung einer etwaigen Einberufung eines besonderen internationalen Gewerkschaftskongresses nicht Folge leisten, wohl aber ihre Delegierten auf den internationalen Arbeiterkongress nach Zürich senden, welcher allein als der Vertretungskörper des klassenbewußten internationalen Proletariats angesehen werden kann.

Der Parteitag legt ferner die Erwartung, daß auch die englischen Gewerkschaften das Verbot ihres Beschlusses einsehen, von der Einberufung eines besonderen internationalen Gewerkschaftskongresses Abstand nehmen und ihre Delegierten ebenfalls auf den internationalen Arbeiterkongress nach Zürich senden werden.

Zu dem Wunsch, die Stellung der Arbeiter zum Krieg auf die Tagesordnung zu setzen, bemerkt Redner, daß die internationale Sozialdemokratie die beste Wächterin für den Frieden sei. Die Gegner würden sich hüten, alles auf eine Karte zu setzen. Doch müsse Klarheit in den Reihen der internationalen Arbeiterparteien geschaffen werden, damit extravagante und solche Ansichten, wie die Comela-Rienensche, verschwinden. Redner bittet um einstimmige Annahme der Resolution.

Die Debatte wird eröffnet. Redner bittet, dem ersten Punkt der Resolution nicht zuzustimmen. Drei offizielle Delegierte und die übrigen nur als Dekoration entsprechend nicht dem Prinzip der Gleichberechtigung. Die Beschlüsse müßten beschränkt werden und die Beschlüsse darüber sollten den einzelnen Landesorganisationen überlassen bleiben.

Webel hält eine zahlreiche deutsche Vertretung in Zürich für notwendig. Deshalb brauchen nicht 100 Mann wie nach Paris geschickt werden. Aber so wie Brüssel müsse auch Zürich besetzt werden. Also etwa 50 Delegierte. Redner ist dagegen mit dem ersten Teil der Ausführungen Weibels einverstanden und beantragt die Worte: „welche die Partei offiziell vertreten“, aus der Resolution zu streichen. Wir wünschen die Vertretung der Arbeiterklasse an dem Kampf um die politische Macht auf der Tagesordnung des internationalen Kongresses gesetzt, um den systematischen Angriffen zu begegnen, die von auswärtigen Parteien gegen uns gerichtet werden. Es wird so getan, als trieben wir Verrat an der Arbeiterklasse. Dieser Verrat muß endlich einmal durch einen internationalen Beschluß ein Riegel vorgeschoben werden. Ebenso steht es mit dem zweiten Punkt: Die Stellung der Arbeiter zum Krieg. Wir wollen dabei nicht, wie Oswald meinte, große internationale Politik treiben. Wir wurden dazu veranlaßt, weil wir von Holland unangelegentlich Angriffen, was unsere Stellung zum Krieg anlangt, ausgeht sind. Beide Punkte sind, wie ich offen gesteh, eine Art Provokation und Kriegserklärung gegen alle diejenigen, die seit Jahr und Tag uns verächtlich, verunglimpfen.

Sauer: Apolda beantragt, den ersten Satz der Resolution so zu fassen, daß er lautet: „Der Parteitag wolle beschließen: Die deutsche Sozialdemokratie erachtet es als ihre Pflicht, den Kongress zahlreich zu besenden. Es ist wünschenswert, daß den Genossen“

Stabernack-Berlin schlägt in Rücksicht auf die wirtschaftliche Krise vor, überhaupt nur 5 Delegierte nach Zürich zu schicken. (Widerspruch.)

Diesem Vorschlage wird von verschiedenen Seiten lebhaft widersprochen und schließlich die Resolution Oswald mit dem Amendement Sauer's angenommen.

Der 7. Punkt der Tagesordnung ist: Das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontroll-Schutzmarke. Redner ist

3. Auer: Dem Genossenschaftswesen, dem Boykott und der Kontroll-Schutzmarke ist es gemeinsam, daß sie nicht spezifisch sozialistisches sind. In der Stellung der Partei zum Genossenschaftswesen hat sich seit den Tagen Lassalle's nichts geändert. Die Hoffnung, daß es auf dem Wege des Genossenschaftswesens möglich sei, die Ziele der Partei zu erreichen, kann nur von einem Manne gehegt werden, der das Programm der Partei nicht kennt. Dieser Standpunkt muß für alle Zeiten beibehalten werden. Tausend andere Anschauungen auf, und sie sind in den Kreisen der Genossen aufgetaucht, so beweist das nur, daß diese Genossen — wie die Sozialdemokratie — sich im Unklaren über das Wesen und die Aufgaben der Sozialdemokratie befinden. Die Gründe, die zur Bildung von Genossenschaften durch die Genossen führen können, sind verschiedener Art. Einmal geschieht es, weil die gewohnten Arbeiter in ihrem Beruf keine Beschäftigung fanden. So bei den Zigarrenarbeitern in Hamburg und Wismar, den Bäckern in Berlin, den Schuhmachern in Erfurt etc. Die Arbeiter wurden verfolgt, mit der Hungerpeitsche für die Wahrung ihrer Interessen bestraft, und zur Genossenschaftsbildung gedrängt. Daher die Sympathien der Genossen für die Genossenschaften. Von Sympathien allein kann aber kein Geschäft bestehen. Es bleibt ein gewisses Unternehmen, solche Genossenschaften zu bilden. Sie müssen produzieren nach den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft. Die erste Bedingung ist ein großes Betriebskapital. Wie soll das zusammenkommen? Die gewohnten Arbeiter haben meistens den letzten Pfennig zugelegt, bevor sie zur Genossenschaft zusammenströmten. Diese Sammlung von Habentibus wirkt ihren Nichtes zu zusammen, und auf Grund dieses Nichtes soll das Geschäft begonnen werden. Wäre nicht der Idealismus und der Hungerzwang so groß, die Geschäfte müßten von vornherein ausgegeben werden. So gerathen sie in der Regel in die Schuldenhaftigkeit irgend eines Kapitalisten, der gegen hohen Zins Betriebskapital vorstreckt. Diese Genossenschaften stehen im Konkurrenzkampf mit den mächtigen, kapitalkräftigen Privatunternehmungen. Nicht bloß Betriebskapital, auch die notwendigen kaufmännischen Kenntnisse vom Geschäft gehören zum geschäftlichen Erfolg. Und wie häufig fehlen die. Die Genossenschaft darf die Ausbeutungskapazität des Privatunternehmens nicht übertreten. Ueberall ist sie im Nachteil. Daher die unangenehmen Erfahrungen, die man in der ersten Zeit mit den Hamburger und Berliner Vätergenossenschaften gemacht hat, und welche die Frage nahe legen: soll man den Arbeiter nicht lieber von der Gründung von Genossenschaften abrathen? Verteidigt wird das Gedächtnis an das als Sätze für die Agitation. Die Genossenschaften sind, die ja in der Regel die besten sind, dürfen für die Agitation nicht verloren gehen, sondern sollen unterrichtet werden. Wegen Genossenschaften, die sich auf diesem Grunde gebildet haben, wird sich nicht viel sagen lassen. Nur die Frage, ob sie praktisch sind, ist nicht ohne weiteres zu sehen. Doch das abzuwägen ist Sache des Einzelnen.

Man hat die Genossenschaften auch damit verteidigt, daß man sie als Schulen für die Produktionsleiter der Zukunft bezeichnen hat.

Wenn der Zukunftsstaat aber kein anderes Material zur Verfügung hat, als das, welches in den Genossenschaften vorgebildet wird, dann können wir unsere Hoffnung auf ihn nur aufgeben. Die bürgerliche Gesellschaft selber bildet das leistungsfähigste Material. Die Kleinunternehmungen eines Krupp leisten hierin bessere Dienste, als die Erfahrungen, die in einer kleinen Fabrik erlangt werden. Es ist am ehesten möglich, daß man sie weiter unten mitteilt.

Redner verliest den ersten Teil der weiter unten mitgetheilten Resolution.

Zum Boykott übergehend, betont Redner, daß wir nach dem Rechte des Boykotts nicht zu sagen haben. Wir gebrauchen das Kampfmittel des Boykotts, wenn wir es für nötig halten, wenn wir wollen, daß wir den Boykott bis jetzt wenig gebraucht haben, liegt daran, daß wir noch nicht die genügende Macht

hatten. Der Boykott sei dieselbe zweischneidige Waffe, wie der Streik. Der Unterschied sei nur der, daß letzterer sich auf bestimmte Berufskreise beschränkt, nur innerhalb einer Gewerkschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern laßt. Der Boykott dagegen geht weit über den Rahmen des Streiks hinaus. Er wendet sich an große Massen der Konsumenten und setzt für den Erfolg voraus, daß diese Massen von der Möglichkeit und Notwendigkeit des Kampfes überzeugt sind. Er kann nur dann von Nutzen sein, wenn es sich bei dem Kampf um Fragen handelt, die der breiten Masse nahe gehen, die ihr bestes Interesse nachrufen. Dies war der Fall in Berlin bei dem Boykott gegen die Wärsche, die ihre Sätze nicht zu Verammlungen hergaben. Hier war die Versammlungsfreiheit in Gefahr, hier mußte ein Unrecht gebrochen werden. Kommen ähnliche Interessen in Frage, dann wird der Sieg sicher sein. Der Boykott kann überhaupt nur bei einzelnen Personen in Frage kommen, in denen die Arbeiter Hauptkonsumenten sind. Die Hilfe der Arbeiter anzurufen, zum Boykott aufzufordern bei kleinen Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern, dem muß ganz energig entgegengetreten werden, wie dem, daß jede kleine Versammlung des Boykotts erlaubt. Den haben nur die Vertreter der organisierten Arbeiterklasse zu proklamieren. Daran sei festzuhalten. Unter keinem Umständen aber dürfe der Boykott benutzt werden, um die politische Meinung zu bestärken. Wir haben nach dem Grundsatz hierbei zu handeln: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu.“ (Bravo!) Wir haben stets für die Freiheit der Uebersetzung gekämpft und würden uns sonst selbst ins Gesicht schlagen. Redner behandelt nun das Wesen der Kontrollmarke. Er habe, so führt er aus, Anschauungen über den Zweck der Kontrollmarke von verschiedenen Vertretern des Marxensystems gehört. Anhand, die nicht die selben seien. Ja, er habe gedruckte offizielle Kundgebungen dieser Vertreter zur Hand und beziehe sich auf eine den Delegierten vorliegende Broschüre: „Die Kontrollmarke und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse“, sowie auf ein Flugblatt der Zigarrenarbeiter. In diesen Auslassungen ist die Meinung niedergelegt, daß der Streik nichts mehr helfen könne und als unzeitgemäß in die Kassenkammer gedrückt. Auch auf dem Halberstädter Kongress ist gesagt worden, der Streik verliere an Wert. Diese Urtheile resultieren wohl aus dem Mißerfolge der letzten großen Lohnkämpfe. Aus diesen Mißerfolgen aber die Wertlosigkeit des Streiks herzuleiten könne nur, wer über die Ursachen der Niederlagen nicht klar sei. Die Ursache sei nur die augenblickliche wirtschaftliche Depression. In solchen Zeiten hat kein Streik Siegeschancen, wenn er auch geführt wird von einer noch so operenvidigen und organisierten Arbeiterklasse wie es die Hamburg-Altonaer Zigarrenarbeiter waren. Die Zigarrenarbeiter waren von den Unternehmern ausgebeutet, wir hatten ihnen gerathen, sich den Bedingungen zu unterwerfen, da Aussicht auf Sieg nicht vorhanden sei. Sie kämpften mit einem bewunderungswürdigen Heroismus und man könne den Zigarrenarbeitern vielleicht nur den Vorwurf machen — wenn man ihnen überhaupt einen Vorwurf machen wolle —, daß sie den Streik bis zum Bewußtsein fortgesetzt haben. Auch der Buchdruckerstreik sei in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges begonnen worden und mußte daran scheitern. Ihm (Redner) sei das von vornherein zweifellos gewesen. Die halbe Million in der Buchdruckerklasse bedeutete nichts gegenüber den Millionen, über die die Unternehmer verfügten. Der Streik gehört nicht in die Kassenkammer und die Verfolger der Noth in der Broschüre: „Die Kontrollmarke“ werden ihre Ueberraschung erleben, wenn die Produktion sich wieder in aufsteigender Linie bewegt, wenn die wirtschaftliche Krise vorüber ist und wir wieder eine Zeit der Prosperität haben.

Die Kontrollmarke soll die Möglichkeit geben, Einfluß auf den Konsum auszuüben. Man glaubt dies dadurch zu erreichen, daß man unter den Unternehmern eine scharfe Konkurrenz einführt. Die Schutzmarke wird dies nicht erreichen können, weil das Gebiet, auf welches sie Anwendung finden kann, ein viel zu beschränktes ist. So ist die Landwirtschaft, das Exportgewerbe, das Baugewerbe, der Bergbau etc. von vornherein ganz davon ausgeschlossen, Gebrauch von der Kontrollmarke machen zu können. Nicht hinstanzzusetzen ist auch der Umwurf, daß die Schutzmarke die Waaren verteuere. Das sei doch thatsächlich der Fall; wenn wirklich der eine Teil einen kleinen Vortheil erziehe, so bringe der andere Theil das Opfer. Beim Streik könnten alle kämpfenden den Vortheil genießen, bei der Kontrollmarke nur ein Theil, während der größere Theil opfere. So ist also auch nach dieser Richtung hin die Ansicht eine irrige, daß die Kontrollmarke den Streik ersetzen könne.

Sie hat die Aufgabe, dann, wenn der Streik und der Boykott einen Erfolg erzeugen haben, gleichsam den Stempel darauf zu drücken. Erzeugt eine treffliche Organisation der Gewerkschaften voraus. Einen Erfolg hat die Schutzmarke nur dann aufzuweisen, wenn eine treffliche Organisation besteht, wie bei den Hutmachern. So ist sie gleichsam der Auslöser für einen Erfolg, der möglich geworden ist, indem eine gewisse Verständigung zwischen Arbeit und Kapital erfolgt ist. Sie ist keine sozialdemokratische Erfindung, sie gehört nur auf gewerkschaftliches Gebiet. Die Arbeiter der gewerkschaftlichen Berufe haben deshalb die Aufgabe, sich möglichst gut zu organisieren, dann haben sie das Recht, die Schutzmarke einzuführen.

Gegen den Versuch, die Kontrollmarke im Metallgewerbe einzuführen, muß indes energig protestirt werden. Sie würde dort die kleineren zum Eintritt in die Organisation veranlassen im Hinblick auf zu erwartende Zinsgelder. Es ist Leute, die sich aber nur durch solche Motive zum Eintritt in die Organisation bewegen lassen, müsse sich jede Organisation bedanken.

Redner bittet um Annahme folgender Resolution:

In der Frage des Genossenschaftswesens steht die Partei nach wie vor auf dem Standpunkt:

Sie kann die Gründung von Genossenschaften nur da gutheißen, wo sie die soziale Existenzmöglichkeit von im politischen oder gewerkschaftlichen Kampf gekämpften Genossen bezwecken oder wo sie dazu dienen sollen, die Agitation zu erleichtern, sie von allen äußeren Einflüssen der Gegner zu befreien. Aber in allen diesen Fällen müssen die Parteigenossen die Frage der Unterbindung davon abhängig machen, daß genügend Mittel für eine gesunde finanzielle Grundlage zur Verfügung stehen und Garantien für geschäftskundige Leitung und Verwaltung gegeben sind, ehe Genossenschaften ins Leben gerufen werden.

Im übrigen haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften im Stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu befeitigen oder auch nur zu mildern.

Der Boykott ist für den politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse eine Waffe, die nur unter der aktiven Theilnahme der großen, heute noch nicht organisierten Massen wirksam in Anwendung gebracht werden kann. Der Boykott kann daher mit Aussicht auf Erfolg nur in den Fällen in Vorschlag gebracht werden, wo es sich um Fragen handelt, an denen weite Arbeiterkreise mit tiefgehendem Interesse theilnehmen, insbesondere auch um Jurisdiction von Besatzungen, welche eine politische Schädigung der Arbeiterklasse bezwecken.

Unter keinen Umständen aber darf der Boykott zu einem Mittel der politischen oder gewerkschaftlichen Vergewaltigung werden zu dem Zweck, die politische Meinung oder persönliche Uebersetzung zu strafen, oder die andere Bestimmung einer politischen Meinung oder deren Verrücktheit zu erzwingen.

Die Kontroll- oder Schutzmarke hat den Zweck, dem Käufer einer Waare zu zeigen, daß bei deren Herstellung die jeweiligen Forderungen der betreffenden Gewerkschaftsorganisation in Bezug auf Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen erfüllt werden. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob diese Waaren von einer

Arbeiter-Genossenschaft oder von einem Privatunternehmer hergestellt werden.

Nur in diesem Sinne, als eine der Waffen im gewerkschaftlichen Kampfe, kann die Kontroll- oder Schutzmarke die Unterbindung der Parteigenossen beanspruchen. Da sie zur Erreichung ihres Zweckes aber wie der Boykott die Theilnahme und Sympathie der breiten Massen voraussetzt, so kann sie nur bei Streitigkeiten in Frage kommen, die hauptsächlich von der Arbeiterklasse konsumirt werden.

Die Parteigenossen haben gegen die Kontrollmarke sich in allen den Fällen zu erklären, wo ihrer Einführung der Bedanke zu Grunde liegt, mittelst derselben den gewerkschaftlichen Kampf überflüssig zu machen, oder wo sie als direktes Zwangsmittel dazu dienen soll, jungen oder schwachen Organisationsmitglieder zuzuführen oder zu erhalten. Diese Verwandlung der Kontrollmarke zu einer Art Prämie führt nur zur politischen Deuheit um augenblicklicher Vortheile willen, zur moralischen und materiellen Vergewaltigung einzelner und schließlich zur völligen Demoralisation und Auflösung der gesamten Organisation. (Bravo und Handclatschen.)

Darauf wird die Sitzung bis 8 1/4 Uhr vertagt, nachdem der Vorsitzende noch mitgeteilt, daß Begrüßungsschreiben aus Jhehoe, Osnabrück, Altona, Lemberg, von den arbeitslosen Metallarbeitern Berlins u. s. w. eingelaufen seien.

Abendstimmung.

Der Vorsitzende Singer eröffnet um 8 1/2 Uhr die Verhandlungen.

Legie beantragt folgende Resolution: „Da eine Garantie für die richtige Anwendung des Genossenschaftswesens, des Boykotts und der Schutzmarke nur durch eine stark gewerkschaftliche Organisation gegeben wird, so erklärt der Parteitag es als Pflicht eines jeden Genossen, der für seinen Beruf am Orte bestehenden Gewerkschaftsorganisation anzugehören, und sich deren Beschlüssen, so weit sie den gewerkschaftlichen Boden nicht verlassen und keine Verletzung der Parteiprinzipien enthalten, zu fügen.“

Der Parteitag befürchtet nicht, daß die Organisation, welche die Gewerkschaften sich auf dem Halberstädter Kongress gegeben haben, dazu führen könnte, daß der sozialdemokratischen Partei Kämpfer oder finanzielle Mittel entzogen werden, erachtet vielmehr an, daß auch in diesen Gewerkschaften die für den Klassenkampf erforderliche Erziehung des Proletariats erfolgt.

H. Hug und G. Legie beantragen dem Absatz 2 der Auer'schen Resolution über das Genossenschaftswesen folgende Fassung zu geben:

„Im übrigen haben die Parteigenossen der Gründung solcher Genossenschaften entgegenzutreten, durch welche der Glaube erweckt werden soll, daß Genossenschaften im Stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu befeitigen oder auch nur zu mildern.“

In der Diskussion erhält zunächst das Wort Augustin-Berlin, welcher mit Auer der Meinung ist, daß während der wirtschaftlichen Krise Streiks gänzlich aussichtslos sind. Während der Krise können sich die Kapitalisten alle möglichen Uebergriffe erlauben. Dagegen müsse sich doch die Arbeiterklasse wehren. Da könne die Kontrollmarke das übrige thun. Eine neuenswerthe Vertheuerung der Waaren habe die Kontrollmarke nicht herbeigeführt, dieselbe koste inkl. aller Kosten 1 Pfennig pro Stück.

Auer habe ferner gewissermaßen mit komischen Worten über den in der Broschüre über die Kontrollmarke stehenden Satz: „die Streiks seien eine furchtbare Waffe“ sich ausgelassen. Er handle da wie diejenigen, welche aus Volkmar's Broschüre einzelne Sätze aus dem Zusammenhange gerissen hätten.

Borgmann-Berlin: Auer habe an einzelnen Sätzen des Flugblattes und der Broschüre der Kontrollkommission Kritik geübt. Das könne auch er an Flugblättern, die von der Partei herausgegeben sind. Es sind in diesen doch auch Sätze und Wendungen enthalten, die man nicht unterschreiben könnte. Das im Allgemeinen. Auer habe ausgeführt: die Kontrollmarke sei nur dann in Anwendung zu bringen, wenn eine starke Organisation dahinter stehe. Wenn eine schwache Organisation die Kontrollmarke einwirken wolle und damit Fiasco erleide, so spreche das doch nicht gegen das Prinzip der Kontrollmarke. Auer habe auch behauptet, daß durch die Kontrollmarke die Produkte verteuert werden. Es werde im Gegentheil namentlich am Verwaltungsbapparat gespart. In der Berliner Genossenschafts-Fabrik koste dieser zum Beispiel nicht so viel, wie der Direktor einer gleich großen Fabrik an Gehalt bekommt. Im allgemeinen werde der Streik allerdings durch die Kontrollmarke entbehrlich gemacht, vorausgesetzt, daß eine starke Organisation dahinter stehe. Er habe dafür die Beweise in Händen. Die Forderungen der Hutarbeiter seien in mehreren Fabriken ohne Streik bewilligt worden. Das habe man durch die Kontrollmarke erreicht. Durch die Kontrollmarke mache man durchaus nicht den gewerkschaftlichen Kampf unnötig; er sei nur in andere Bahnen gedrängt. Redner beantragt zum Schluß die Streichung des letzten Absatzes der Resolution betreffend die Kontroll- oder Schutzmarke.

Schwere-Hamburg: Die Gründung von Genossenschaften geht gewöhnlich nach verlorenen Streiks vor sich. Geld ist nicht vorhanden, also muß ein Kapitalist gesucht werden, der sich hinter die Genossenschaften stellt. Sind die Genossenschaften von Werth für uns? Nein! Durch die Gründung von Genossenschaften gehen der politischen Bewegung eine Anzahl Kapitalisten verloren. Weiter: Würden die Berliner Zigarrenarbeiter beispielsweise eine Genossenschaft gründen, so würden die zahlreichen alten Genossen, die einen offenen Laden haben, geschädigt werden, weil die Waare glaubt, die neu gegründete Genossenschaft sei sozialistisch. Liefern die Genossenschaften etwas Besseres, als die kapitalistischen Unternehmungen? Nein. Die Genossenschaften müssen ihre Arbeiter ebenso ausbeuten, wie die Kapitalisten. Das Bestreben jedes Genossenschafts sei, sich immer mehr auszudehnen. Wendet sich der Wind von oben, kommt ein neues Sozialistengesetz, so ist es leicht möglich, daß alle diese Kapitalisten, all diese Arbeitspaläste, die theueren Maschinen verloren gehen. Mit der Auer'schen Resolution ist Redner nicht einverstanden und empfiehlt statt dessen die Annahme der bindenden Resolution der Straßburger Genossen, die folgendermaßen lautet:

Es sei auszusprechen, daß das Genossenschaftswesen nur eine ärmliche Nachahmung kapitalistischer Organisationen ist, die den einzelnen Mitgliedern unter Umständen wohl kleinere Vortheile bringen können, die aber in keinem Verhältnisse stehen zu den Nachtheilen, die das Genossenschaftswesen dadurch zeitigt, daß eine große Anzahl tüchtiger Kräfte der revolutionären Bewegung entzogen wird. Die sozialdemokratische Partei hat sich also von derartigen Unternehmungen fern zu halten und hat sie als das zu erklären, was sie sind: auf Egoismus und Selbstsucht beruhende Privatunternehmungen.

Meißner-Hamburg: Am Genossenschaftswesen haben sich die Hamburger gründlich den Fragen verdrückt. Das Genossenschaftswesen darf mit der Parteitag nicht verquirit werden. Von den engagierten Anhängern der Genossenschaften wird jeder schon nicht mehr als vollgiltiger Parteigenosse betrachtet, der nicht Sittlich, Unterhosen und Hut mit Kontrollmarke trägt und nicht Brot aus der Vereinsbäckerei kauft. Ja, der Genossenschafts-rausch geht so weit, daß eine eifrige Anhängerin der Genossenschaften in einem kleinen Städtchen Schleswig-Holsteins erklärt hat, die Genossenschaften wären den Kapitalisten an die Wand drücken. Im weiteren wendet sich Redner gegen den Satz des Antragstellers, daß der Parteitag es als Pflicht eines jeden Genossen erklären soll, der Gewerkschaftsorganisation anzugehören, und hebt zum Schluß unter allgemeiner Zustimmung hervor, daß das Geld in der Parteikasse zu anderen Zwecken zusammen-

gedruckt würde, als den gewerkschaftlichen Kampf damit zu führen.

Ein Schlussantrag wird abgelehnt.

Legien - Hamburg: Vor drei Jahren würde Megger anders gesprochen haben. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes habe man die Frage aufgeworfen, ob die gewerkschaftliche Organisation überhaupt noch notwendig sei. Das erkläre sich aus zwei Gründen. Unter dem Sozialistengesetz habe die gewerkschaftliche Organisation den Zusammenhalt der Partei gesichert. Das sei jetzt nicht mehr möglich. Ferner hätten die verlorenen Streiks viel mit dazu beigetragen, die gewerkschaftliche Organisation zu untergraben. Die Frage sei die, sind die gewerkschaftlichen Organisationen nötig, oder entbehrlich. Dies müsse beantwortet werden.

Mit dem größten Theil der Auer'schen Ausführungen ist Redner einverstanden. Die theoretische Stellung werde durch die Resolution Auer gegeben. Aber jede Theorie ist grau. Sobald wir erklären, wir erkennen die Kampfmittel des Streiks, des Boykotts an, so müssen wir auch die praktische Folgerung ziehen und als Sicherung für die richtige Anwendung der Kampfmittel die Gewerkschaftsorganisation zu stärken trachten. Redner empfiehlt seine Resolution, durch deren Annahme der gewerkschaftlichen Organisation der beste Dienst geleistet werde. Zum Schluss wendet sich Redner gegen eine Notiz des „Vorwärts“, wo von dem „weichen Reichthum der Gewerkschaftsdebatten“ die Rede sei. Die Notiz beschränke sich allerdings auf die „Unabhängigen“, die die Beibringung an den Parlamentswahlen grundsätzlich verwerfen, eine Ansicht, die Redner nicht theilt, aber der unaufrichtigen, nicht orientirten Leser kann die Notiz leicht missverstanden. So wird die gewerkschaftliche Organisation nicht gefördert. (Zustimmung.)

Grünwald - Hamburg hält es im Grunde für unnötig, daß sich der Parteitag lange mit der Frage des Boykotts und der Schularbeite beschäftigt; daß seine Angelegenheiten zur Verhandlung für die Gewerkschaften. Das Genossenschaftswesen habe aber weder mit der Partei etwas zu schaffen, noch sei es ein Atribut des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaften wären im Allgemeinen nicht einmal im Stande, die Angelegenheiten und Gesetze unterzubringen. Es gebe Parteigenossen, die für Genossenschaftsgründungen geradezu fanatisirt seien. Sie wollten Hüttenwerke und alles Mögliche sonst noch gründen. Diese Fanatiker seien durch nichts zu überzeugen. Ein solcher (Zabakarbeiter) habe ihm einmal auf seine Warnungen hin erwidert: „Ach, was verzeihst Du denn von Zigarren, Du kannst sie ja noch gar nicht mal richtig rauchen!“ (Heiterkeit). Zum Schluss spricht Redner sich noch dagegen aus, daß die Partei verquillt wird mit dem in den Gewerkschaften tobenden Streit über Lokal- oder Zentral-Organisation. Das würde nach seiner Meinung geschehen durch die Annahme der von Legien beantragten Resolution.

Inzwischen ist folgender Antrag von Wille und Genossen eingebracht:

In Bezug auf die den Delegirten des hier tagenden sozialdemokratischen Parteitages unterbreiteten, von der am 13. Nov. 1892 in Berlin stattgehabten öffentlichen Mauererversammlung angenommenen Resolution empfiehlt der Parteitag allen Genossen, die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen nach Möglichkeit fördern zu helfen, den an ihren Orten auf dem Boden des Kampfes im sozialdemokratischen Sinne bestehenden Gewerkschaftsorganisationen als Mitglieder beizutreten, und wo noch keine bestehen, solche ins Leben zu rufen.

Die Form der Organisation ist Nebensache, die Hauptsache ist die, daß alle Gewerkschaftsorganisationen dahin streben, die Zahl der Kampfgenossen zur Befreiung der Arbeiter vom Lohnsklaventhum zu vermehren, das Solidaritätsgefühl bei der indifferenteren Masse wachzurufen und nicht den Schwerpunkt der Organisation auf das sogenannte Unterstützungswesen zu legen.

Schmalfeldt - Bremerhaven meint auch, daß die Partei nur geringe Veranlassung habe, sich so eingehend mit der Frage der gewerkschaftlichen Organisation zu beschäftigen. Die Hamburger Zabakarbeiter-Genossenschaft sei ein Auktionsprodukt. Manche Angriffe gegen die Genossenschaften gingen aber doch zu weit, so der, daß sie keine guten Waaren liefern könnten und daß sie keine höheren Löhne zahlen könnten. Es sei auch nicht wahr, daß die Genossenschaften die besten Agitatoren abforderten. Die Debatte und die Annahme der Resolution Auer würden nichts an den vorhandenen Zuständen ändern.

Leich - Hamburg hebt hervor, daß es nicht wunderbar sei, wenn sich so viele Hamburger an der Debatte beteiligten. Hamburg nehme eben ein ganz besonderes Interesse an diesen Fragen. Redner bestreitet, daß die Genossenschaften ebenso billig produzieren könnten, wie der kapitalistische Unternehmer. Sie liefern entweder schlechtere oder theurere Waare. Sie entziehen auch der Agitation die Kräfte, denn Dummhänse sind es nicht, die an ihrer Spitze stehen. Alle Bildung und alle Intelligenz würden am besten angewendet im Dienst der politischen Partei. Redner steht auf dem Boden der Auer'schen Resolution, hat aber doch das Gefühl, daß es gut wäre, wenn von einem Mitgliede der Parteileitung erklärt würde: Ja, wir sind von Herzen davon überzeugt, daß jeder Parteigenosse sich der Organisation seiner Gewerkschaft anschließen soll und muß. Auer gelte nämlich als verlässiger Gegner der gewerkschaftlichen Organisation.

Schmidt - Friedberg ist für die Auer'sche Resolution und wendet sich besonders gegen die Kontrollmarke; er habe sich durch jahrelange Erfahrungen überzeugt, daß die Kontrollmarke bedeutungslos sei.

Solme - Bielefeld steht gleichfalls auf dem Boden der Auer'schen Ausführungen, dagegen müsse er sich gegen Megger wenden, der einen so scharfen Gegensatz zwischen politischer und gewerkschaftlicher Bewegung konstruirt habe. Es sei doch selbstverständlich, daß die Partei der gewerkschaftlichen Bewegung ihre geistige Unterstützung leiste.

Ein Schlussantrag wird angenommen.

In seinem Schlusswort wendet sich Auer gegen einzelne in der Debatte geäußerte Aeußerungen. Die Diskussion ging nach zwei Richtungen. Der eine Theil der Redner beschäftigte sich mit den Darlegungen des Referenten über die Kontrollmarke, der andere Theil, speziell die Hamburger, mit dem Genossenschaftswesen. Seine (des Referenten) Darlegungen über den Boykott seien wohl so durchschlagend gewesen, daß sich keine Erwiderung gefunden hätte. Augustin sei entsprechend seiner äußeren Erscheinung mit Energie gegen ihn vorgegangen, Vorzmann habe sich fauster gezeigt. (Große Heiterkeit.) Augustin habe sich in eine griechisch-germanische Stimmung hineingeredet, aber er hat nicht viel zu sagen gewollt. Augustin habe zugegeben, daß Streiks zu Zeiten von Krisen verloren gehen und habe dann gefragt, was dagegen zu thun sei. Ein absolut sicheres Mittel der Hilfe wisse er nicht und gebe es nicht. Aber das sei auch die Kontrollmarke nicht, schon um deshalb nicht, weil für einen sehr großen Theil von Gewerkschaften die Schutzmarke nicht in Anwendung gebracht werden kann. Da die Schutzmarke nichts weiter ist und sein kann als der Ausdruck, daß die Arbeiter ihre Forderungen erlangt haben, so wird sich die Wirkung eben nur in Zeiten der Prosperität zeigen. Redner wendet sich hierauf gegen Vorzmann's Behauptung, daß man in jedem Flugblatt ungehindert Redewendungen finden könne. Es handle sich hier nicht um eine Angelegenheit, sondern um eine scharf, klar und deutlich ausgesprochene Meinung. Die weitere Behauptung Vorzmann's, daß durch die Einführung der Kontrollmarke die Streiks aus der Welt geschafft werden, sei eine Behauptung, die durch nichts bewiesen sei. Das müsse erst die Zukunft lehren. In Unternehmerkreisen sei man über einen Wechsel im Kampf, wenn die Streiks dadurch aus der Welt geschafft würden, durchaus nicht so unglücklich. So schreibe der „Geschäftsfreund“, ein Unternehmerblatt: Man könne fast versucht werden, der Entwidlung der Arbeiterkontrollmarke mit wohlwollender Aufmerksamkeit gegenüber zu treten. Man hat es hier mit einem Auktionsprodukt zu thun, der zahlreiche sozialdemokratische

Kreise aus politischen Revolutionären zu wirtschaftlichen Interessen machen und so mit den bestehenden Zuständen wieder inniger verknüpfen kann.“

Aufgabe des Parteitages ist zu verhindern, daß wir uns nicht allmählich auf Abwege leiten lassen. Nun kommt Redner zu den Hamburgern. Er befreit Schmeier's Standpunkt, über die Gewerkschaften sans façon zur Tagesordnung überzugehen, ohne ihn zu theilen, weil Theorie und Praxis sich häufig klopfen. Legien hat das charakteristische Wort ausgesprochen: Man hat vergessen, wer der Partei während des Sozialistengesetzes geholfen hat. Er sagt: Das waren die Gewerkschaften. Ich sage: Und wer hat die Gewerkschaften vor, während und nach dem Sozialistengesetz unterstützt? Das waren die Parteigenossen. (Sehr richtig.) Die Annahme, daß ein einflussreicher Stelle in der Partei eine Abneigung gegen die gewerkschaftlichen Organisationen vorhanden sei, ist absolut nichtig. Es ist der hypochondrische Blick des Mannes, der sich hauptsächlich mit der Gewerkschaftsfrage beschäftigt, der Antipathien sieht, wo sie nicht vorhanden sind. Eine bewusste Gegenströmung innerhalb der Partei gegen die Gewerkschaften ist absolut nicht vorhanden. Megger's Auffassung ist die eines einzelnen Mannes, der auch das Recht hat, seinen Standpunkt zu haben. Eine philosophische Natur, wie Genosse Legien, sucht für alles tieferliegende Gründe. Er findet, in der Partei sei das Kleinbürgertum so mächtig geworden, daß seine natürlichen Interessen — die Interessen der Kleinrentner — die Partei verführern, den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen zu fördern. Auch in der Hand Müller'schen Broschüre wird das sozialdemokratische Kleinbürgertum als das Unglück der Partei bezeichnet. Aus scharfem Blick auf anderen Motiven kommt Legien zu einem ähnlichen Schlusse. Aber wo sind die Beweise? Wo hat die Partei die Gewerkschaftsorganisation nicht gefördert? Rein, andere Gründe sind für einen gewissen Niedergang der Organisation verantwortlich zu machen. Die gegenseitige Befehdung der eigenen Führer um Kleinigkeiten wolle einen großen Theil der Arbeiter der gewerkschaftlichen Bewegung abwendig gemacht. Ich handele daher wohl im Sinne aller Anwesenden, wenn ich die Bitte ausspreche, daß die beiden Theile endlich einmal die Streitart begraben. (Sehr richtig!)

Der Streit: Zentralfisation oder nicht, ist kein so wichtiger, daß Ihr Euch nicht vereinigen könnt, wenn Ihr nur wollt! (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin von jeder überlegener Anhänger der Gewerkschaftsbewegung gewesen, und diese Erklärung gilt für alle Mitglieder des Vorstandes. Wenn es hier nicht besonders betont wurde, so deshalb, weil diese Erklärung bereits da ist. Was der Haller Parteitagsausgesprochen hat, gilt heute noch. Wie wir zur gewerkschaftlichen Bewegung stehen, darüber giebt es gar keine Frage. Immer wieder müssen die ältesten Wahrheiten von uns wiederholt werden. Es ist eine Binsenwahrheit, daß wir von jedem Genossen verlangen, daß er einer Gewerkschaftsorganisation angehöre und die Gewerkschaften fördere. Der erste Theil der Legien'schen Resolution ist überflüssig; vor der Annahme des zweiten Theiles warnt Redner; sie verführe die Frage der Art der Organisation und reißt eine Wunde wieder auf, von der Redner wünscht, daß sie bald verbarstehen möge. Redner bittet um Annahme seiner Resolution. (Lebhafte Beifall!)

Bei der Abstimmung wird unter Ablehnung aller Amendements, auch des Antrags Legien und der Resolution Wille, die Resolution Auer's mit großer Majorität angenommen.

Schluss: Nach 11¼ Uhr.

Tokales.

Die „soziale Frage“ und deren Lösung haben nun auch die katholischen Vereine Berlins in Angriff genommen. An einem der letzten Abende waren die Mitglieder von 20 hiesigen katholischen Vereinen nach dem Saale der Brauerei „Friedrichshain“ bestellt worden, um zu hören, was zu machen sei, um die hiesige Sozialdemokratie zu erschmettern. Der Saal war mit den Vätern des Papstes und des Kaisers geschmückt. An den Ehrensitzen hatten die Zentrumsabgeordneten und — natürlich! — die Geistlichkeit Platz genommen. Als Redner traten auf ein Legationsrath, ein Ordenspriefer und ein Direktor. Der Redner aus der Roth soll, wie die Redner hervorhoben, der „Volkverein für das katholische Deutschland“ sein. Man höre, was dieser Verein bezweckt: Er will das Verbands aller Klassen des Volkes für die positive gesetzgeberische Reform wachen und eintreten für eine richtige Organisation der Arbeiterversicherung, für die Nothwendigkeit der Sonntagsruhe und des Arbeiterschutzes, für die Herstellung eines gesunden und auf gegenseitigem Wohlwollen beruhenden Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, er will überall gegenüber der geistigen und leiblichen Noth des Volkes den Geist der Nächstenliebe zur Befähigung auch im öffentlichen Leben des Volkes wachrufen.

Das klingt gewiß sehr schön — aber belächeln wir diese Prinzipien etwas näher durch Beispiele, wie sie dem Arbeiter Tag für Tag vor Augen geführt werden:

Borin heute die „positive gesetzgeberische Reform“ besteht, ist den Arbeitern ein Räthsel, sie haben bislang von dieser Reform so gut wie nichts gespürt. Wenn unter derselben etwa das trübselige Arbeitsgesetz oder das bisherige Sonntagsruhe verstanden sein soll, so danken wir ergebenst für etwaige weitere „Segnungen“ nach dieser Richtung hin. Etwas Herrliches ist es aber um das „Gesunde und auf gegenseitigem Wohlwollen beruhende Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“. Dieses Verhältniß besteht einfach darin, daß der Arbeitgeber hier sich allein Rechte in Anspruch nimmt, während der Arbeiter nur immer höchst seinen Pflichten nachzukommen hat. Der Arbeitgeber freizet eine möglichst hohe Profitrate ein, der Arbeiter wird mit einem Hungerlohn abgefunden; der Arbeitgeber ist in seinem Fabrikreich König, der Arbeiter Sklave, dem vorgeschrieben wird, wann er heintreten darf und welche Zeitungen er zu lesen hat; der Arbeitgeber beschäftigt den Arbeiter so lange, wie dessen Arbeitskraft die höchste Leistungsfähigkeit bekundet, „alte Karte“ kann er nicht mehr gebrauchen, die fliegen aufs Pfaster; der Arbeitgeber stiftet sich eine Fabrikordnung aus, die ihm den Arbeiter mit Haut und Haar in die Hand liefert u. s. w. Und will scheinen, als ob ein solches „gegenseitiges“ Wohlwollen im Grunde genommen ein recht einseitiges sei.

Den Geist der Nächstenliebe, den der katholische Volksverein herausbeschwört, kennen wir ebenfalls. Das ist dieselbe Nächstenliebe, die Krankenhäuser, Zuchthäuser, Armenhäuser und Arbeitshäuser baut. Der Arbeiter will gar nicht auf die Wohlthaten der Nächstenliebe angewiesen sein, er verlangt in erster Linie Arbeit und eine angemessene Bezahlung seiner Arbeit. Wird ihm das gewährt, dann verzichtet er gern auf alle Werke der Nächstenliebe.

Aber das ist nur schönes Beiwerk, mit welchem der katholische Volksverein seine eigentlichen Zwecke verbrämt. Was derselbe eigentlich will, geht aus der Aeußerung eines der Redner hervor, welcher hoffte, daß der Verein die Bedeutung der Katholiken für das öffentliche Leben unseres Volkes und ihren Einfluß auf dessen Geschicke erhöhen werde. Sehen wir an Stelle des Wortes „Katholiken“ das Wort „Priester“, dann haben wir des Papstes Keen. Der früher unannehmbare Duzen des Zentrums ist ins Wackeln gerathen, die Priester verkümmern im Volke mehr und mehr an Einfluß, und um diesen von neuem zu befestigen, fällt es den Katholiken auf einmal ein, daß es eine soziale Frage giebt.

Die Vermittelung von Orden und Titeln scheint noch immer ein lohnendes Geschäft zu sein. Der auf diesem Felde genugfam bekannte Dr. Reiter in Friedrichsberg richtete unter

dem 11. d. M. an einen hiesigen Gasthofbesitzer das folgende von der „Post. Ztg.“ mitgetheilte Schreiben: „Sehr geehrter Herr! Ihre geschätzte Adresse verdanke ich Herrn ... aus ... dessen ergebene Grüße ich Ihnen zu übermitteln habe. Herr ... theilte mir mit, daß es schon längere Zeit Ihr Wunsch, sich eine Auszeichnung oder ein Prädicat zu erwerben. Die Wege jedoch, die Sie einzuschlagen haben, um zur Erfüllung eines solchen Wunsches zu gelangen, seien Ihnen nicht genügend bekannt. Ich bin ein in solchen Erwerbungsangelegenheiten wohlgeübter Mann und glaube, daß ich Ihnen nachher Rath erteilen kann. Schreiben Sie mir offen, nach welcher Richtung Ihre Wünsche gehen. Einliegender Referenz erbitte mir zurück. Hochachtungsvoll Dr. Reiter.“ Die „Referenz“, auf die Dr. Reiter Bezug nimmt, ist ein gedruckter Zettel, der wörtlich lautet: „Confidance! Nach Kenntnisaufnahme bitte sofort zurückzusenden! Copia! Brunn bei Buxtehude a. d. Dose, den 27. August 1886. Hierdurch bescheinige ich dem Herrn Dr. Moritz Reiter, wohnhaft zu Friedrichsberg bei Berlin, welcher mir seit Jahren bekannt ist, auf seinen Wunsch, daß derselbe: 1. ein ehrenhafter Mann ist, der in guten, geordneten Verhältnissen lebt; 2. die Gabe des Schweigens besitzt und volles Vertrauen verdient; 3. Große geschäftliche Gewandtheit und diplomatische Begabung, vereint mit reicher Erfahrung, besitzt und deshalb für Durchführung vornehmer und höchster Kommissionen ein außergewöhnlich geeigneter Mann ist. (gez.) Max, Freiherr von Romberg, Fideikommiss-Besitzer, Mitglied des Herrenhauses, Rechtsritter des Johanniterordens, Ritter des Kronenordens und Sankt-Annenordens II. Klasse.“ Der hier genannte Freiherr von Romberg ist allerdings Fideikommiss-Besitzer auf Brunn, in das Herrenhaus berufen auf Präsentation des Verbandes des alten und beehrten Grundbesitzes im Kreise Kuppin-Galland. Es bleibt abzuwarten, was dieser Herr zu der Verwendung der obigen „Referenz“ zu sagen hat.

Eine Anzahl Anarchisten hier und in den Vororten Berlins wurden vorgestern Vormittag, wie die Blätter mittheilen, durch die Polizei verhaftet, bei anderen fanden Hausdurchsuchungen statt.

In Reichensee wurden bei dem Schlosser Paul Paulowitsch und dem Studente Grünberg Hausdurchsuchungen vorgenommen; der letztere war nicht mehr zu Hause, sondern schon zur Arbeitsstätte gegangen, der erstere, bei dem anarchistische Zeitschriften und Bücher gefunden wurden, wurde nach dem Berliner Polizeipräsidium gebracht, von dort am Nachmittag aber wieder entlassen. Auch in Kummelsburg fand eine Hausdurchsuchung statt. In Berlin naher die Polizei bei dem Schankwirth Reimhaller, Postwallstraße 4, eine Hausdurchsuchung vor, sie fand und beschlagnahmte einige Privatbriefe aus London, 4 Sammelhefte für Inhaberte und einige andere Schriften. Reimhaller wurde verhaftet. Er ist ein Bruder des im letzten Anarchistenprozesse zu 6 Jahren Zuchthaus verurtheilten Feilenbauers. Gebausucht wurde ferner bei dem Kaufmann Grohmann in der Lindenstraße, der Mitarbeiter der konfiszirten anarchistischen Zeitung gewesen sein soll. Die Polizei sahndete speziell auf das Manuskript eines in dieser Zeitung abgedruckten Gedichtes. Es verriet, daß G., der abwesend war, nachträglich auch verhaftet worden sei. Die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen sollen zum Theil in Verbindung stehen mit der Verhaftung von mehreren Anarchisten in Altens aufangs dieser Woche, zum anderen Theile aber mit der kürzlich in Berlin herausgekommenen, bekanntlich beschlagnahmten anarchistischen Zeitung zusammenhängen, da bei dem vorgestern verhafteten Herausgeber des Blattes Vergolder Hermann Reimer eine Namensliste von Abonnenten gefunden worden war.

Wie dringend notwendig die Untersuchung des Wildes ist, beweisen, wie die „Allgemeine Freischerezzitung“ schreibt, die Erfahrungen, die man in letzter Zeit bei der Untersuchung der Wildschweine gemacht hat. Im März wurde ein Wildschwein beanstandet, das in 24 Präparaten 17 Trichinen aufwies, im Juni eins mit 22 und am 14. November eins mit 18 Trichinen. Außerdem mußte im Mai ein Wildschwein wegen Finnen beanstandet werden. Ferner wurden 4 Wildschweine als zur menschlichen Nahrung ungeeignet vernichtet.

Marktpreise in Berlin am 17. November, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 16,00—16,50 M., mittlerer von 15,40—15,00 M., geringer von 14,90—14,40 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,80—13,60 M., mittlerer von 13,50—13,40 M., geringer von 13,30—13,10 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,00—16,00 M., mittlere von 15,90—15,00 M., geringe von 14,00—14,00 M. Hafer per 100 Kg. guter von 16,80—15,80 M., mittlerer von 15,50—14,80 M., geringer von 14,70—14,00 M. Stroh, Nicht per 100 Kg. von 4,90—4,00 M. Heu per 100 Kg. von 8,00—5,00 M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speldeböhen, weiße per 100 Kg. von 30,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 30,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,00—1,10 M. Rindfleisch per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,00—0,80 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,80 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 2,00 M. Eier per 60 Stück von 3,00—2,60 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,90 M. Aale von 2,80—1,00 M. Zander von 2,40—0,90 M. Seehe von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,40—1,20 M. Welse von 1,40 bis 0,70 M. Krebse per 60 Stück von 12,00—2,00 M.

Polizeibericht. Am 17. dieses Monats Morgens wurde ein Autograph in seiner Wohnung in der Dohmstraße erschossen aufgefunden. Es liegt unversehrt Selbstmord vor. — In der Durchfahrt des Quergebäudes auf dem Grundstück Andreasstr. 32 stürzte Nachmittags beim Passiren eines Arbeitswagens ein dort aufgestelltes Weggerüst zusammen. Hierbei fielen die darauf beschäftigten Puffer Nagel und Angeli herab und wurden so bedeutend verletzt, daß sie nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußten. — Vor dem Hause Branienstraße 52 wurde ein sechsjähriger Knabe durch einen Pferdebahnwagen überfahren und erlitt außer mehreren Verletzungen am Kopfe einen Armbruch. — Als Abends ein Tischler dem Jährerhändler Müller in dessen Geschäftsräumen Gruner Weg 124 einen Revolver zeigte, entlud sich ein Schuß, der den Müller am Kopf streifte und anscheinend leicht verletzte. — Im Laufe des Tages und in der darauf folgenden Nacht fanden 8 Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Sichtst. 18. November. Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts begann heute unter dem Vorsitz des Direktors Meyer die Verhandlung gegen den Kapuzinerpater Aurelian wegen fortgesetzter verleumdender Beleidigung der Frau des Jigelleibehners Herz durch Bezeichnung als Hure bei der Wembinger Teufelsausbreitung. Mehrere katholische Geistliche fungiren als Sachverständige; außerdem sind vier Zeugen geladen. Der Pater Aurelian und das Ehepaar Herz sind persönlich anwesend. Der Saal ist überfüllt. Aus der Anklage ist zu entnehmen, daß Pater Aurelian über Frau Herz die unbewiesene Thatsache verbreitete, durch Genuß Herz'scher Jungeln den besseren gewordenen Knaben Zittl verführt zu haben. Der Angeklagte hält bei seiner Vernehmung die Thatsache der Teufelsausbreitung und die Verhörung des Knaben aufrecht, will aber keine Abicht einer Verleumdung der Frau Herz gehabt haben. Das Herz'sche Ehepaar beschwert sich bitter über die konfessionelle Verhörung, unter welcher es, besonders die Frau, schwer zu leiden gehabt habe.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhause.

3. Sitzung vom 18. November.

11. Uhr. Am Ministerische: Dr. Riquel, Graf Eulen-

Jur Verhandlung steht die erste Verathung des Geset-

Finanzminister Dr. Riquel leitet die Verhandlungen ein.

Was die Frage des finanziellen Erfolges angeht, so seien

Man sage nun, die Verwandlung dieser Steuer in eine

Weiter sage man, das platte Land läßt bei der Reform

Ein sehr bedeutender Grund zur Unzufriedenheit über die

Was die Frage des finanziellen Erfolges angeht, so seien

Nach der Redaction sind 30 Redner gegen, 27 für das Gesetz

Abg. Ricker (Dr.): Die letzten Worte des Finanzministers

damals die versprochenen Erleichterungen geblieben? Wenn nicht

Abg. Sattler (nationalliberal): Die Reform konnte nicht

Brauerei „Friedrichshain“

Am Friedrichshain. — Pferdebahn-Verbindung. — Königsthor.
Am Sonntag, den 20. November 1892
(Toten-Sonntag):

Gr. Gesang- und Instrumentalkonzert,

veranstaltet von den Gesangsvereinen
Bruderherz, Steinmetze, Morgenroth II, Weiße Kofe, Gleichheit,
und Gesundbrunnen Männerchor (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes),
unter Leitung ihres Dirigenten Herrn A. Miesch.
Anfang 4 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 3 1/2 Uhr.
Der volle Reinertrag wird der Arbeiter-Bildungsschule überwiesen.
Alle Sanges- und Parteinengenossen sind höflichst eingeladen.
S. A.: Das Komitee.

Buss' Salon, Große Frankfurterstraße 85.

Sonntag, den 20. November 1892 (Totentag):
Großes Gesangs-Concert
von den Vereinen:
Buchbinder Männerchor, Band in Hand II u. Hoffnung (Wilmerdorf),
Mittel d. Arb.-S.-V. Dirigent Carl Kaimene. 110b
Anfang 6 Uhr. Programm 80 Pf.
(Der gewöhnliche Abend des Buchbinder-Männerchors bleibt aus.)

Pape's Salon (früher Knebel),

Sonntag, den 20. November (Toten-Sonntag):
Grosses Vokal- u. Instrumental-Konzert.
Aufgeführt vom Gesangsverein „Glück zu“, sowie von Percussionisten.
Anfang 6 Uhr. 137/5. Entree 20 Pf.
Von 12 Uhr ab: Tanzkränzchen. Herren, welche daran theil-
nehmen, zahlen 30 Pf. nach.

Schneider- und Schneiderinnen-Verband.

Versammlung
am Sonntag, den 20. November cr., Nachmittags 5 1/2 Uhr,
bei Hermerschmidt, Verlebergerstraße Nr. 28a (Moabit).
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Timm über: „Die Pariser Kommune“.
2. Diskussion.
Nachdem: Gemüthliches Beisammenseln mit Tanz.
Die nächste Verbands-Versammlung für Berlin findet am Dienstag, den
22. November, in Grottel's Bierhallen statt.
Die Lokalverwaltung.
S. A.: L. Pfeiffer, Gr. Hamburgerstr. 20.

Große öffentliche Versammlung

[der Dachdecker Berlins u. Umg.]
am Sonntag, den 20. Novbr., Vorm. 10 Uhr,
in Volk' Salon (früher Feuerstein), Alte Jakobstraße 75
(unterer Saal). 850/1
Tagesordnung:
1. Vortrag über Gewerkschafts-Schiedsgerichtswahl.
2. Berichterstattung des Mitgliedes der Streit-Kontrollkommission.
3. Wahl eines Delegirten zur Streit-Kontrollkommission.
4. Wahl eines Organmannes zum Gewerkschafts-Schiedsgericht.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
W. Rackwitz.

Fachverein der Tischler.

Dienstag, den 22. November, Abends 8 1/2 Uhr,
in Volk' Festsaal (fr. Feuerstein), Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal):
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Anschlag an den Verband. 2. Anträge. 3. Eventuelle
Statutenänderung. 4. Vereinsangelegenheiten.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen,
in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand. 808/13

Blumen- u. Putzfedern-Arbeiter u. -Arbeiterinnen.

Sonntag, den 20. November, Abends 5 1/2 Uhr:
II. Cyklus-Vortrag
des Genossen Dr. Finn über: „Die Religionen des Alterthums“ u. Diskussion.
Nachdem: Geselliges Beisammenseln.
Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreiches
und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand. 87/2

Grosse öffentliche

Maurer- und Binder-Versammlung
Berlins und Umgegend
am Sonntag, den 20. Nov., Vorm. 10 1/2 Uhr, im Fern-Palast, Burgstraße.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Meiß-Röhl: Die politische und gewerkschaft-
liche Arbeiterbewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 244/3
Die Vertrauensleute.
Heinrich Schigelaki, H. Gräschke.

Kutfabrik A. Lange,

Brunnstr. 136-37.
Fell- u. Seidenhüte u. Kontrollmarken.
Großes Lager in Damen- und Herren-
Regenschirmen, Muffen, Wägen, Pelz-
tragen, Pelzmützen. Billige Preise.
Allen Freunden und Genossen empfehle
mein großes Schuh- und Stiefel-Lager,
Niederlage der
Deutschen Schuhfabrik Gurlert.
Große Auswahl von Winterartikeln.
Anfertigung aller Art Schuh- u. Stiefel-
waren. Reparaturen schnellig.
L. Zaacke, Schuhmachermeister,
8 Köpenicker Platz 8.
Neue Hosen, Winter-Heber-
zieher, Hosen, Knaben-Anzüge
und Hüte spottbillig.
Wandstraße 13.

Erstes und ältestes

**Herren-Garderoben-
Geschäft**
des Oheims von
Julius Lindenbaum,
Gr. Frankfurterstr. 139,
empfehl ich seinen werthen Kunden
und Bekannten zum Einkauf von
eleganten Herren-Garderoben.
Täglicher Eingang von Neuheiten.
Spezialität:
Anfertigung nach Maß.
Zuschneider im Hause.
Geschäftsprinzip:
Strenge Reellität.
Julius Lindenbaum,
Gr. Frankfurterstr. 139.
Verrinszimmer, Wollwärrer. 27a.

General-Versammlung

der Herren Delegirten der
arbeitnehmenden Mitglieder
der Orts-Krankenkasse der
Maschinenbau-Arbeiter und
verwandten Berufsgenossen
Berlins
Sonntag, 27. Novbr., Vorm. 9 Uhr,
im Restaur. Seefeld, Grenadierstr. 83.
Tagesordnung:
Wahl für 2 auscheidende Mitglieder
des Vorstandes.
Um 10 Uhr:
Kombinierte General-Ver-
sammlung der Herren Dele-
girten der arbeitgebenden
und arbeitnehmenden Mit-
glieder.
Tagesordnung:
1. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung
der Jahresrechnung.
2. Berathung und Beschlußfassung über
das neue Statut.
3. Beschlußfassung über die Straf-
bestimmungen gemäß § 29 des Sta-
tutenentwurfs.
5. Bericht des Vorstandes über den
Antrag Sattler vom 28. Sept. 1892.
Das Mandat legitimirt.
Der Vorstand.
Carl Thoms, Vorsitzender.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle

der Tischler u.
(S. S. Nr. 3).
Ortl. Verwaltung Berlin D (Moabit).
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, 20. Nov., Vorm. 10 1/2 Uhr,
im Victoria Saal, Verlebergerstr. 13.
Tagesordnung:
1. Wahl eines Stellvertretenden Be-
vollmächtigten und Kassiers, sowie
eines Beitragsamters. 2. Ver-
schiedenés.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Der Ausschuss.
508/1

Berein der Arbeiter und

Arbeiterinnen der Buch-,
Papier- und Lederwaren-
Industrie.
Montag, 21. d. M., Abds. 8 1/2 Uhr,
Alte Jakobstr. 75:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Gen. C. Hoffmann,
über Zeit und Stücklohn. 2. Ver-
schiedenés.
Aufnahme neuer Mitglieder.
Da in nächster Woche die schriftlichen
Mahnungen vorgenommen werden
sollen, werden mit Beiträgen Restitrende
ersucht, umgehend dieselben in den
Zahlstellen zu begleichen.
Der Vorstand. 118/9

Verband aller in der Metall-

industrie beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.
Die Vertrauensmänner-
Konferenz für den Süden findet
am 19. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei
Siegismund, Eisenbahnstr. 20, statt.
Der Vorstand. 27/17

Berein zur Wahrung der

Interess. d. Berl. Knopfarbeiter
Versammlung
am Sonntag, 20. Nov., im 10 1/2 Uhr,
bei Schirmmacher, Andreasstr. 26.
Tagesordnung:
1. Vortrag Meierent wird in der
Versammlung bekannt gemacht. 2. Dis-
kussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Er-
scheinen ersucht
Der Vorstand. 192/8

Am Sonnabend, 26. November, findet

in den Concordia-Sälen, Andreas-
straße 94, das IX. Stiftungsfest des
Bereins der Einseger
(Tischler)
Berlins und Umgegend statt.
Ergebnis ladet ein
145/2 Das Komitee.
Anfang Abends 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

5 Pfd. Marchel's

Brot Bäckerei,
für 50 Pf. Blumenstr. 51a.
liefern Ecke der Kranstr. 891
Zum
Roth. Cylinderhut
Nur Hüte
mit Arbeiter-Kontrollmarke.
Größte Auswahl.
Staligerstraße 131, neben Krüger
im Laden. 808/1
Wilhelm Zapel, Hutmacher.

S. Neumann's Central-Bazar

1. Geschäft: Andreasstrasse 62, zwischen Andreasplatz und
Langestraße.
2. Geschäft: Frankfurterstrasse 90, Ecke Markussstraße.
Gr. Weihnachts-Ansverkauf
von Puppen, Puppenbänken, Puppenköfen, Spielwaren, Kurz- u. Galanterie-
waaren, Küchen- u. Wirthschaftsgegenständen.
Durch Vergrößerung meiner Geschäfte und Lager bin ich in der Lage,
meinen Kunden diesmal sämtliche Waaren auch einzeln zum wirklichen
Engros-Preis liefern zu können und wird Jedermann etwas Passendes
bei mir finden. 8298L
Billigste Einkäufe für Wiederverkäufer und Verloosungen.
Grosse Auswahl in Weihnachtsgeschenken.



G. Scharnow

Uhren- u. Goldwaaren-Fabrik
Berlin S.,
Oranienstr. 152, am Moritzplatz.
2. Geschäft:
Oranienstr. 47, Ecke Luckauerstraße.
Befehlt seit 1800. Auerl. feste Bezugswaare
Rudel-Mementoir-Uhren von 10-18 M.
Silberne Mementoir-Uhren v. 17 M. an
Goldene Damen-Uhren v. 20 M. an
do. Anker-Herren-Me-
mentoir-Uhren v. 50 M. an
Regulatore v. 8 M. an
do. in polirtem Kup-
baum-Gehäuse, ca. 1 Mtr.
lang, 14 Tage gehend. v. 14 M. an
Wieder-Uhren in verschied.
Mustern v. 3,50 M. an

Für jede bei mir gekaufte Uhr übernehme eine schriftliche Garantie bis zu
fünf Jahren.
Uhren u. Goldwaaren zu Originalfabrikpreisen.
Bitte genau auf die alte Firma Oranienstr. 152 zu achten.

Kein Damen-Mäntel-Fabrik

Laden! A. Henemann
Oranienstraße 40/41, am Oranienplatz,
I. u. II. Etage.
Sämmtliche Saison-Nouveautés vom billigsten bis feinsten Genre.
Detailverkauf zu Engros-Preisen. Kein Laden!

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.

Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum;
Küchenmöbel in großer Auswahl empfiehlt
Franz Tutzauer, Berlin S.O.,
Köpenickerstr. 25. 1796L

Leweck's Goldwaaren-Fabrik,

N., Müllerstr. 174 (Eing. Fennstrasse), 2981L
empfiehlt sein großes Lager von Gold, Silber und Korallen zu ganz enorm
billigen Preisen. Massivgold-Frankinge v. 5 M. an. Reparaturen schnell u. billig

Feste Preise! Von Mark 29 an

liefern reelle
Winter-Paletots
in allen Farben, elegant sitzend, gut gearbeitet.
J. Baruch, Oranienstraße 143,
zwischen Moritzplatz und Brandenburgstraße.
Bestellungen nach Maass in kürzester Zeit.

Reelle Bedienung!

M. Olst,
Damen- und Mädchen-Mäntel-Fabrik,
33. Oranienstr. 33 (zwischen Adalbertstr. u. Oranienbrücke),
empfiehlt:
Jaquettes, Capes, fog. Frauenmäntel, Paletots, Röder etc.
u. Mädchenmäntel (für jedes Alter passend) zu billigsten
und festen Preisen.
Bis 10 Uhr Abends geöffnet!

Jede Uhr

zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gut-
gehens nur 1 Mk. 50 Pfg. (außer Uhr). Keine Reparaturen
billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene
Uhren von 5 M. an. Neue Silber-Cylinder-Mementoirs, 6 Steine,
von 14 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Mementoirs, 14 Karat
Gold v. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen
E. Rothert & Stolz, 1. Geschäft: Andreasstr. 62.
Uhrmacher. 2. Chausseestr. 78.
3. Chausseestr. 24.

Möbel, Spiegel- und Polsterwaaren-Magazin.

Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum. Küchenmöbel in grosser
Auswahl empfiehlt
Julius Apelt, Sebastianstr. 20 (früher 27/28).
Reelle Waare. [2929 L.] Prompte Bedienung.
Achtung! Südwest!
Empfehle allen Freunden und Ge-
nossen meine Krausbücherei und
Blumengeschäft.
C. Maetzing,
Poststr. 63, Ecke Sogelbergerstr.
Möbel, Schloßstraße 1. Herrn nach worn
bei Papey, Pragerstr. 7, vorn III. 121b
Allen Freunden und Bekannten em-
pfehle mein großes Lager von Fi-
garren, sowie Weisen und Zigarren-
spigen. H. Dahse, Köpenickerstr. 91,
am Schleg. Bahnhof. 2982L
Alte Stiefel gr. Ausw., Reparatur
u. Rest. reell u. billig
Maugstr. 2.